



Anträge

**zur Landesvertreterversammlung
der SPD Baden-Württemberg
in Schwäbisch-Gmünd**

11. März 2017

Berichterstatter*innen

Anträge	Berichterstatter*innen	Seite
1 Leitantrag		
- Einleitung, Kapitel Arbeit	Birte Könnecke Lina Seitzl	3
- Wohnen	Thorsten Majer Christian Soeder	7
- Rente	Sarah Pawlowski René Repasi	12
- Bürgerversicherung	Raphael Pfaff Ralf Spörkel	17
- Steuergerechtigkeit	Igor Gilitschenski Dorothea Kliche-Behnke	18
- ab 4. Finanztransaktionssteuer	Birte Könnecke Lina Seitzl	21
2,3,4,5,6,7,8,9	Birte Könnecke Lina Seitzl	25
10	Igor Gilitschenski Ralf Spörkel	60
11,12,13,14,15,16	Gabi Rolland Ralf Spörkel	65
Initiativanträge, Resolutionen	René Repasi	

Leitantrag Bundestagswahl 2017 – Leitantrag Bundestagswahl 2017
Sozialdemokratie pur Zeit für den – Sozialdemokratie pur Zeit für
Politikwechsel – Zeit für Gerechtigkeit den Politikwechsel – Zeit für
Gerechtigkeit Gerechtigkeit

Annahme in der Fassung der
Antragskommission

5 In Herbst diesen Jahres geht es darum, dass unsere
Gesellschaft sozial und kulturell nicht auseinander
bricht. Es geht darum, unser Europa des Friedens zu
retten. Es geht darum, dass wir der weltweit rechten ~~rechten~~ der weltweiten
10 Welle mit unseren Werten gegenüber treten: Freiheit, *nationalistischen und ausgrenzenden*
Gerechtigkeit und Solidarität. Welle ...

Wir müssen die tatsächlichen Probleme und
Hoffnungen der Menschen in den Blick nehmen. Uns
geht es um den Zusammenhalt der Menschen in
15 unserem Land und um eine gerechte Gesellschaft.
Dafür werden wir kämpfen!

Die SPD hat mit ihren Regierungsmitgliedern in vier
Jahren viel bewirkt. Wir sind mit dem Mindestlohn und
20 der Bekämpfung der Leiharbeit und ungleicher
Bezahlung wichtige erste Schritte gegangen. Viele
Maßnahmen zur Durchsetzung von mehr sozialer
Gerechtigkeit, wie z.B. die Bürgerversicherung will
und wird die CDU/CSU nicht mittragen. Deshalb
25 brauchen wir eine neue Regierung der sozialen .. sozialen Gerechtigkeit *unter Führung*
Gerechtigkeit. Dafür werden wir in den nächsten *der SPD*. Dafür
Monaten unermüdlich kämpfen.

Zeit für Gerechtigkeit!

30 Soziale Gerechtigkeit hält unsere Gesellschaft
zusammen. Sie stärkt das Zusammenleben in
Deutschland, Europa, aber auch darüber hinaus.
Soziale Gerechtigkeit ist kein Zustand, sondern ein
35 dauerhaftes Streben nach einer Gesellschaft, die alle
Menschen in den Blick nimmt.

Es geht darum, dass alle gleiche Teilhabe an Bildung, Es geht ~~darum, dass alle~~ um gleiche ...
40 Arbeit, Gesundheit (Krankenversorgung), Rente,
Kultur, Sicherheit, Freizeit aber auch um gleiche
Teilhabe an Demokratie und Zugang zu öffentlichen

45 Unsere Gesellschaft wird dort gespalten, wo ungleiche
Verteilung von Einkommen und Vermögen die
Gleichheit der Lebenschancen gefährden. Es geht also
nicht um Gleichheit oder Gleichmacherei, sondern um
gleiche Lebenschancen. Es geht also nicht um ~~Gleichheit~~ oder
Gleichmacherei, sondern ...

50 Das sozialdemokratische Versprechen heißt deshalb
mehr denn je: Wir lassen die Menschen nicht allein.
Wir kämpfen für Gerechtigkeit. Die Sozialdemokratie
ist Garant für eine starke und gerechte Gesellschaft.
55 Darum geht es am 24. September, wenn die
Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgeben.

1. Wir sind die Partei der Arbeit

60 Die SPD ist die Partei für die Menschen, die nichts
anderes zu verkaufen haben, als ihre zwei Hände und
ihren Kopf. Sie müssen von ihrer Arbeit leben können,
weil sie eben keine Vermögenserträge erzielen, mit
denen sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das
65 Einkommen muss für ein Familienleben mit Kindern
und auch bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und im Alter
für ein würdiges Leben reichen. Dazu braucht es
Arbeit, von der man gut leben kann. Sie ist die
Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Unsere
Arbeitswelt brauchte faire und gerechte Bedingungen
70 für die arbeitende Bevölkerung in unserem Land:

- Den begonnenen Weg von Mindestlohn,
Stärkung der Tarifautonomie und Bekämpfung
75 von Leiharbeit und Werkverträgen wollen wir
fortsetzen. Wir wollen Löhne von denen man
leben kann und gleiche Bezahlung für
gleichwertige Arbeit. Das gilt für Frauen und
Männer, für Leiharbeiterinnen und
Leiharbeiter, für Junge und für Alte. Das
80 Gesetz zur Einkommensgleichheit werden wir
evaluieren, das
Arbeitnehmerüberlassungsgesetz entsprechend
anpassen.
- Durch die Reform der Mini-Jobs müssen neben
85 einer besseren sozialen Absicherung, Anreize
dafür geschaffen werden, dass Minijobs in
umfangreichere Tätigkeiten umgewandelt
werden. Wir wollen die volle
Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro.
- Sachgrundlose Befristungen werden wir
90 abschaffen und die Sachgründe für
Befristungen einschränken.
- Zu guter Arbeit gehört lebensbegleitendes
Lernen. Wir werden das Recht auf

95 Weiterbildung stärken und der sich
verändernden Arbeitswelt anpassen, indem wir
die Bundesagentur für Arbeit zur
Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung
weiterentwickeln.

100 • Wir wollen mehr Demokratie in den Betrieben
und werden daher die Mitbestimmungsrechte
ausbauen.

105 • Die Herausforderungen aus der zunehmend
digitalisierten Arbeitswelt werden wir
110 durchdenken, beschreiben und
Veränderungsnotwendigkeiten formulieren und
umsetzen. Das betrifft die Definition von
Vollzeitarbeit, die Definition des
115 Betriebsbegriffs in der Mitbestimmung, die
Lage der Arbeitszeit und die Präsenzkultur. Der
Wandel von Branchen und Tätigkeiten muss
vorausgedacht und begleitet werden. Der Staat
muss dem aufkommenden Strukturwandel aktiv
120 mit massiven Investitionen in die
Qualifizierung und Weiterbildung der
Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer
begegnen. Er muss auf diesem Wege auch die
Unternehmen in die Pflicht nehmen. Wir
125 wollen auch unter den Rahmenbedingungen
einer digitalisierten Arbeitswelt und Industrie
für Vollbeschäftigung sorgen.

130

135 ~~Wir wollen auch unter den Rahmenbedingungen einer
digitalisierten Arbeitswelt und
Industrie für Vollbeschäftigung
sorgen.~~

140 • Die digitale Rendite ist ein Schlüsselbegriff zur
gerechten Verteilung dessen was in Zeiten der
Digitalisierung erarbeitet wird. Sie birgt
Chancen zur Stärkung von Pflege, Gesundheit
und Bildung. Aber sie bietet auch
145 Möglichkeiten einer gerechten Verteilung der
verbleibenden Arbeit. Zugleich birgt die
fortschreitende Digitalisierung auch Risiken.
Die sich aus ihr heraus ergebenden ethischen

• *Wir wollen auch unter den
Rahmenbedingungen einer
digitalisierten Arbeitswelt und
Industrie für Vollbeschäftigung
sorgen.* Die Herausforderungen
und Chancen aus der
zunehmend digitalisierten
Arbeitswelt werden wir
durchdenken, beschreiben und
Veränderungsnotwendigkeiten
formulieren und umsetzen. Das
betrifft die Definition von
Vollzeitarbeit, die Definition
des Betriebsbegriffs in der
Mitbestimmung, die Lage der
Arbeitszeit und die
Präsenzkultur. Der Wandel von
Branchen und Tätigkeiten muss
vorausgedacht und begleitet
werden. Der Staat muss dem
aufkommenden Strukturwandel
aktiv mit massiven
Investitionen in die
Qualifizierung und
Weiterbildung der
Arbeitnehmerinnen und
Arbeitnehmer begegnen. Er
muss auf diesem Wege auch die
Unternehmen in die Pflicht
nehmen. ~~Wir wollen auch unter
den Rahmenbedingungen einer
digitalisierten Arbeitswelt und
Industrie für Vollbeschäftigung
sorgen.~~

*Wir wollen, dass die Gewinne
aus der Digitalisierung gerecht
verteilt werden. Die digitale
Rendite ...*

Fragestellungen müssen gesamtgesellschaftlich diskutiert und beantwortet werden.

- 150
- Gerade mittelständische Unternehmen stehen größtenbedingt vor wachsenden Herausforderungen durch Cyberattacken, Datenklau und digitaler Industriespionage
- 155
- einerseits sowie markt mächtigen Digital-Konzernen und Wettbewerbern mit aggressiven Geschäftsmodellen andererseits gegenüber. Um sie zu schützen, brauchen wir klare gesetzliche Rahmenbedingungen.
- 160
- Auch Personengesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten müssen Kontrollorgane unter Einbeziehung der Arbeitnehmervertretungen installieren. Die Schlecker-Insolvenz ist dafür Begründung genug.
- 165
- In globalen Konzernen müssen wir die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen sichern und stärken.
- 170
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss möglich sein. Wir fordern die Rahmenbedingung hierfür, z.B. die Kinderbetreuung, weiter zu verbessern. Um Familien zu entlasten, wollen wir gesetzlich verpflichtende gebührenfreie Kinderbetreuungsangebote.
- 175
- Wir wollen es Müttern und Vätern ermöglichen in vollzeitnaher Teilzeit zu arbeiten und sich partnerschaftlich um die Familie zu kümmern. Dafür werden wir die Familienarbeitszeit mit einem Familiengeld einführen.
- 180
- Zugleich wollen wir durch mehr Wahlarbeitszeitmodelle die starre Trennung zwischen Vollzeit und Teilzeit überwinden. Die Beschäftigten müssen mehr selbst über Dauer und Lage der Arbeitszeit entscheiden. Wir wollen es den Beschäftigten ermöglichen, ihre Arbeitszeit im Lebensverlauf besser an die jeweiligen familiären Anforderungen anzupassen.
- 185
- Um die Übergänge von Teilzeit in Vollzeit, die sich aus den Zeitinteressen der Beschäftigten ergeben, zu erleichtern, führen wir das Recht auf befristete Teilzeit ein und sorgen dafür, dass heute in Teilzeit Beschäftigte einfacher ihre Arbeitszeit aufstocken können.
- 190
- Um Auszubildenden ein eigenständiges Leben zu ermöglichen, werden wir eine Mindestausbildungsvergütung einführen.
- 195
- Die Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen wollen wir durch mehr Personal aufwerten und sie finanziell aufwerten.
- 200
- Gerade mittelständische Unternehmen stehen größtenbedingt vor wachsenden Herausforderungen durch Cyberattacken, Datenklau und digitale Industriespionage. *Zugleich sehen sie sich markt mächtigen Digital-Konzernen ...*
 - ~~Auch~~ Personengesellschaften mit mehr als 2.000 Beschäftigten müssen *wie Kapitalgesellschaften ein* Kontrollorgan unter ...
- ~~aufwerten~~ verbessern

2. Bezahlbarer Wohnraum ist für viele Menschen zur Existenzfrage geworden

205 Immer mehr Menschen in Baden-Württemberg sind auf der Suche nach Wohnraum, den sie sich auch leisten können. Selbst für Menschen mit mittlerem Einkommen sind vielerorts die Mieten nicht finanzierbar. Das Problem ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen und betrifft alle.

210 Gerade in den Groß- und Universitätsstädten, aber auch in vielen kleineren und mittleren Städten steigen die Mieten, u.a. durch den Wohnungsmangel in schwindelerregende Höhen. Durch den extremen Anstieg der Wohnkosten müssen Menschen mit geringem aber auch mit mittlerem Einkommen ihre vertrauten Wohnviertel verlassen und werden an die Stadtränder oder ganz aus den Städten gedrängt.

220 Der heutige Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat seinen Ursprung in der Fehleinschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt in den 80er und 90er Jahre. Damals ging man aufgrund zurückgehenden Bevölkerungszahlen von einem sinkenden Bedarf auf dem Wohnungsmarkt aus. Der Staat zog sich unter der Regierung Kohl immer weiter aus dem Wohnungsmarkt zurück. Schließlich wurde mit dem Steuerreformgesetz 1990 die Wohnungsgemeinnützigkeit aufgehoben. Das Ergebnis ist, dass seitdem der renditeorientierte Wohnungsbau den Mietwohnungsmarkt dominiert.

235 Die "Gemeinnützigkeit" war deshalb wichtig, weil gemeinnützige Wohnungsbauunternehmen nur begrenzt Gewinne auszahlen und ihre Überschüsse für eine sozialorientierte Wohnversorgung der Bevölkerung einsetzen mussten. Dafür wurden sie staatlich gefördert. Heute fehlt uns dieses Instrument, um alle mit bezahlbarem Wohnraum versorgen zu können.

240 Dazu fielen und fallen zahlreiche bezahlbare Wohnungen aus ihren gesetzlichen bzw. vertraglichen Bindungen. Das bedeutet, dass sie zu höheren Preisen vermietet werden konnten. Für Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen wurde das zum echten Problem. Diese Verknappung von günstigem Wohnraum wurde durch steigende Haushaltszahlen und eine fortwährenden Landflucht weiter verschärft.

250 Wohnraum gehört zur elementaren Daseinsvorsorge von Menschen. Und wenn große Bevölkerungsteile die sich auf den Markt entwickelnden Mieten nicht mehr

255 leisten können, dann muss der Staat tätig werden. Wir
müssen durch Wohnbauförderung den Druck aus dem
Wohnungsmarkt nehmen und den Sozialwohnungsbau
massiv unterstützen, um bezahlbaren Wohnraum für
alle zu schaffen. Durch weitere gesetzliche Regelungen
260 müssen wir gegen rasante Mietpreissteigerungen
vorgehen und einen gerechten Ausgleich zwischen
Mieter*innen und Vermieter*innen finden.

~~durch Wohnbauförderung
den Sozialwohnungsbau massiv
unterstützen;~~

~~... vorgehen. und einen gerechten
Ausgleich zwischen Mieter*innen und
Vermieter*innen finden.~~

Die SPD hat in der Großen Koalition auf Bundesebene
erfolgreiche Maßnahmen für mehr bezahlbarem
265 Wohnraum eingeleitet. Zur Schaffung von jährlich
350.000 neuen Wohnungen, davon 80.000
Sozialwohnungen, haben wir den Ländern die Mittel
hierfür verdreifacht. Sie bekommen ab Januar 2017
270 hierfür jährlich 1,5 Milliarden Euro. Erstmals nach 6
Jahren haben wir zum 1. Januar 2016 das Wohngeld
erhöht. Viele Geringverdiener*innen, Familien und
Rentner*innen werden nun noch mehr bei den
Mietkosten entlastet. Dazu kommen 90.000 Menschen,
die nun zum ersten Mal Anspruch auf Wohngeld
275 haben.

~~Mit der Einführung der
Mietpreisbremse haben wir einen
wichtigen Schritt unternommen, um
überzogene Mietsteigerungen
einzudämmen.~~

280 Mit der Einführung der Mietpreisbremse haben wir
einen wichtigen Schritt unternommen, um überzogene
Mietsteigerungen einzudämmen.

Durch die Änderung des Baurechts haben wir dichtes
Bauen mit hohem Wohnanteil in urbanen Gebieten
zugelassen. Zudem fördert der Bund mit zahlreichen
Programmen Maßnahmen beim Städtebau, zur
285 Quartierentwicklung und zum Klima- und
Umweltschutz in Städten und Gemeinden.

Neben vielen Maßnahmen zur allgemeinen Schaffung
von bezahlbarem Wohnraum fördert das SPD-geführte
290 Bundesbauministerium mit 120 Millionen Euro auch
nachhaltige und bezahlbare Wohnprojekte speziell für
Studierende und Auszubildende.

295 Doch diese Anstrengungen reichen nicht, um
bezahlbaren Wohnraum für alle zu schaffen. Wir
wollen das Menschenrecht auf Wohnraum sichern und
fordern hierfür zusätzliche Maßnahmen:

- 300 • Um den Entwicklungen der letzten Jahre mit
drastisch gestiegenen Mieten und
Eigentumspreisen sowie einer zunehmenden
Knappheit an bezahlbarem, barrierefreien,
alters- und familiengerechten Wohnraum zu
begegnen, brauchen wir eine „Neue
305 Wohnungsgemeinnützigkeit“.

- 310 • Wir wollen ein gemeinnütziges Wohnungsmarktsegment mit unbefristeten Bindungen wieder einzuführen. Nur so kann dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum auch auf lange Sicht begegnet werden. Mit einer „Neuen Wohnungsgemeinnützigkeit“ möchten wir neue Träger der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen.

315 Gleichzeitig wollen wir auch für diejenigen ~~diejenigen~~ Wohnungsunternehmen einen Anreiz schaffen, einen Teil ihres Bestandes für die soziale Wohnraumversorgung einzubringen. Hierfür werden wir entsprechende steuerliche Instrumente entwickeln.
 - 320 • Wir wollen eine Flächenvergabe, die nicht nur den höchsten Verkaufspreis, sondern kreative und soziale Konzepte in den Mittelpunkt stellt. Hierbei ist insbesondere auf eine Durchmischung unterschiedlicher

325 gesellschaftlicher Gruppen zu achten. Nur so können wir eine Aufteilung in wohlhabende und ärmere Stadtteile verhindern.
 - 330 • Für Bauvorhaben auf größeren Flächen (auch Konversionsflächen) fordern wir einen Richtwert für die zukünftige Bebauung entsprechend einer Formel 40:30:30. 40 Prozent der Flächen sollen für den sozialen Wohnungsbau und 30 Prozent für die

335 geförderte Eigentumsbildung genutzt werden. Auf den restlichen 30 Prozent kann eine privat finanzierte Bebauung erfolgen. Die Kombination aus Bundes- und Landesförderung des Wohnungsbaus soll dieser Zielsetzung Rechnung tragen.

340
 - 345 • Das ressortübergreifende Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ fördert Kommunen bei Investitionen in städtebauliche Maßnahmen zur Stabilisierung und Aufwertung sozial/wirtschaftlich benachteiligter Quartiere. Damit sollen die Wohn- und Lebensverhältnisse verbessert sowie die soziale Infrastruktur, das Zusammenleben und die Integration gestärkt werden. Nachdem die Mittel für das Programm in der vorherigen Legislaturperiode drastisch zusammengekürzt wurden, konnte das Programm in der aktuellen Legislaturperiode finanziell massiv gestärkt werden.

350
 - 355 • Verfallene und zum Teil verwahrloste Gebäude in Innenstädten sind nicht nur ein Problem der öffentlichen Ordnung, sondern es werden dem Wohnungsmarkt dadurch dringend benötigte Immobilien entzogen. Um dieser Entwicklung
- Das ressortübergreifende Städtebauprogramm „Soziale Stadt“ soll weitergeführt werden. Es fördert Kommunen bei Investitionen ...

360 entgegenzuwirken, wollen wir den Ankauf der
Schrottimmobilien durch die Kommunen
verstärken.

365

370

- *Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland entgegengewirkt und eine intensivere Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht wird. Damit soll dem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.*

375

- Mit der Mietpreisbremse haben wir einen wichtigen Schritt gegen ausufernde Mietsteigerungen vornehmen können. Damit die Mietpreisbremse erfolgreich wirken kann, müssen wir deren Wirksamkeit erhöhen. Wir fordern mehr Transparenz bei der Vormiete und eine Auskunftspflicht des Vermieters sowie einen rückwirkenden Anspruch gegenüber dem Vermieter bei überhöhten Mieten und dies nicht erst ab Zeitpunkt der Rüge.

380

- Wir wollen, dass der Bezugszeitraum für die örtliche Vergleichsmiete in Mietspiegeln von vier Jahren auf zehn Jahre erweitert wird, um den Mietspiegel auf eine breitere Basis (Betrachtungszeitraum) zu stellen und so die Mietpreisspirale zu dämpfen.

385

390

- Um Mieter*innen vor ~~zusätzlichen~~ *zusätzlichen* Belastungen durch Modernisierungen zu schützen, fordern wir hierfür eine ~~Begrenzung~~ *Begrenzung* ~~Kappungsgrenze~~ *Kappungsgrenze*. ~~Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mieter durchgeführt werden.~~ *Modernisierungsmaßnahmen in Mietwohnungen dürfen nicht einseitig zu Lasten der Mieter durchgeführt werden.* ~~mindestens~~ *mindestens* ... vor ~~zusätzlichen~~ *zusätzlichen* zu ~~hohen~~ *hohen* Belastungen ...

395

- Um erfolgreich Investitionen zur Verbesserung der Umwelt- und Energiestandards oder künftig auch für Umbauten zu altersgerechtem Wohnen zu mobilisieren, sollte die Modernisierungsumlage auch weiterhin nicht zeitlich begrenzt werden.

400

- Nachdem im Jahr 2016 das Wohngeld erstmals wieder erhöht wurde und viele Menschen diese wichtige Unterstützung in Anspruch nehmen konnten, fordern wir die Kopplung der Wohngeldhöhe an die allgemeine Preisentwicklung.

405

- Für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum spielt die Liegenschaft- und Baulandpolitik eine wesentliche Rolle. Hierfür benötigen wir eine

410

415 Aktivierung von Bauland und die Nutzung von
Potentialen der Innenentwicklung und
Nachverdichtung durch zügige
Genehmigungsverfahren.

• Die Länder und Kommunen müssen dem
Beispiel des Bundes folgen und zügig Flächen
für den Bau von bezahlbarem Wohnraum zur
420 Verfügung stellen.

• Mit Blick auf den demografischen Wandel
müssen wir auch dafür sorgen, dass
beispielsweise altersgerechte Wohnungen in
ausreichendem Maße vorhanden sind. Wir
425 fordern die Schaffung altersgerechten
Wohnraums mit gezielten Förderprogrammen
der Länder und eine angemessene
Finanzausstattung von Förderprogrammen auf
Bundes- und Landesebene.

• Nach 2019 liegt die Verantwortung für die
Wohnraumförderung ganz bei den Ländern.
Damit soll der Geltungsanspruch des Bundes
für eine soziale Wohnungspolitik jedoch nicht
435 aufgegeben werden. Wir fordern deshalb nach
Wegen zu suchen, wie sich der Bund auch
künftig und dauerhaft an der Schaffung
bezahlbaren Wohnraums beteiligen kann. Um
den Strukturen des Landes gerecht zu werden,
440 muss die Förderkulisse der
Wohnraumförderung auf das ganze Land
ausgedehnt werden.

• Die Maßnahmen zur Schaffung von
bezahlbarem Wohnraum, intakter
Nachbarschaften und durchmischter Quartiere
445 müssen mit einer klima- und
umweltverträglichen Entwicklung einhergehen.
Insbesondere mit Blick auf den
Klimaschutzplan 2050 zur Umsetzung des
Pariser Klimaschutzabkommens müssen wir
450 dafür sorgen, dass Umwelt- und Klimaschutz
als ein selbstverständlicher Teil einer sozial
gerechten Wohn-, Bau- und
Stadtentwicklungspolitik gesehen wird.

455 **Den Traum vom Eigenheim unterstützen**

Es geht uns aber nicht nur darum, bezahlbare
Mietwohnungen zu schaffen, sondern auch darum, den
Familien bei der Verwirklichung ihres Traums nach
460 den eigenen Wänden zu helfen. Die Menschen
verbinden mit dem Erwerb von Wohneigentum größere
Unabhängigkeit, eine höhere Lebensqualität und eine
gute Vorsorge für das Alter. Der Traum vom
Eigenheim rückt für große Teile der Bevölkerung aber
465 in immer größere Ferne. Denn gerade Familien mit

mittlerem oder geringem Einkommen können nicht von der aktuellen Niedrigzinsphase profitieren, weil auch die Immobilienpreise in den letzten Jahren rasant gestiegen sind und weil sie aufgrund ihrer Vermögens- und Einkommenssituation nicht ausreichend kreditwürdig sind. Gerade aufgrund der hohen Mieten ist es selbst Familien mit relativ hohen Einkommen nicht möglich, das notwendige Eigenkapital für den Erwerb von Wohneigentum anzusparen.

Deshalb wollen wir ein „Familienbaugeld“ einführen, um Familien mit Kindern zu unterstützen, die auf dem angespannten Wohnungsmarkt ansonsten keine Möglichkeit hätten, sich Eigentum zu leisten. Mit dem Familienbaugeld möchten wir die Lücke zum notwendigen Eigenkapital schließen und Familien mit Kindern den Zugang zu Eigenheimkrediten erleichtern. Gefördert werden sollten Familien mit einem Einkommen von bis zu 70.000 Euro. 8000 Euro sollten Familien mit einem Kind bekommen, für das zweite und dritte Kind sollten jeweils 6000 Euro ausgezahlt werden.

Den Ländern soll die Möglichkeit gegeben werden, auf die Bemessung der Grunderwerbssteuer stärker Einfluss zu nehmen.

3. Eine starke gesetzliche Rente für ein gutes Leben im Alter

Die SPD ist die Partei der sozialen Sicherheit. Das Streben danach die Menschen in unserem Land vor den großen Lebensrisiken wie Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Altersarmut abzusichern, treibt uns seit der Gründung unserer Partei an und ist Teil unserer DNA. Dabei geht es uns nicht allein um den Schutz vor Armut, sondern darum allen eine menschenwürdige und angstfreie Teilhabe an unserer Gesellschaft zu sichern. Das kann auch in Zukunft nur durch eine starke gesetzliche Rente gelingen. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, ein gutes Leben im Alter zu garantieren und den Lebensstandard weitgehend durch die gesetzliche Rente zu sichern.

Variante 1

Wir wollen das System der gesetzlichen Alterssicherung deshalb so reformieren, dass die Ziele der Lebensstandardsicherung und der strukturellen Armutsfestigkeit wieder innerhalb des gesetzlichen

520 Rentensystems erreicht werden können. Nur die
Rückkehr zum Ziel einer lebensstandardsichernden
Altersrente kann der jahrzehntelangen Arbeits- und
Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.

525 Wir wollen nicht, dass das Rentenniveau der
gesetzlichen Rentenversicherung immer weiter sinkt
und die dadurch resultierende Lücke die Sicherung des
eigenen Lebensstandards im Alter immer weiter
gefährdet. Das Ziel muss weiterhin sein, nach 45
530 Beitragsjahren mit einem durchschnittlichen Verdienst
einen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu
erwerben.

Die gesetzliche Rente darf nicht zur Grundsicherung
verkommen. Deshalb wollen wir das aktuelle
535 gesetzliche Rentenniveau als ersten Schritt stabilisieren
und langfristig das Rentenniveau auf mindestens 50%
anheben. Gleichzeitig wollen wir verhindern, dass die
Beitragssätze in den nächsten 20 Jahren explodieren.

540 Diese beiden Ziele erreichen wir durch:

- Den sofortigen Aufbau einer Demografie-
Reserve. Dabei sind nur moderate Anhebungen
des Beitragssatzes erforderlich, um die
545 Belastungen in kleinen Schritten über die Jahre
zu verteilen, Planungssicherheit zu schaffen
und Finanzierungslücken auf diese Weise zu
schließen. Erforderlich ist eine jährliche
Anhebung des Rentenbeitrags von 0,3
550 Prozentpunkten bis zum Jahr 2019. Dies
bedeutet für Durchschnittsverdiener*innen und
Arbeitgeber*innen eine jährliche Belastung von
vier Euro pro Monat. Ab 2020 kann die
jährliche Demografie-Anpassung auf 0,2
555 Prozentpunkte abgeschmolzen werden und es
bleiben dennoch hohe Rücklagen für spätere
Jahre.
- Um eine gerechtere Verteilung der Traglasten
des demographischen Wandels zu erreichen,
560 muss die Finanzierung der sozialen Sicherung
auf eine erheblich breitere Basis als bisher
gestellt werden. Ergänzend zum Aufbau einer
Demographie-Reserve wollen wir den
demografiebedingten Kostenanstieg durch
565 geburtenstarke Jahrgänge
(Finanzierungsspitzen) vorübergehend auch
über eine Erhöhung der direkten Steuern
finanzieren. Es würden damit alle
Steuerzahler*innen als breitestmögliche Basis
570 überhaupt in die Finanzierungsverantwortung
einbezogen. Eine Ausweitung der

575 Steuerfinanzierung kann technisch recht einfach
durch eine Anhebung des Bundeszuschusses
zur gesetzlichen Rentenversicherung erfolgen.
Da Steuermittel einem progressiven Verlauf
folgen, werden die Lasten gerechter verteilt.

580 Variante 2:

585 Die verlässliche gesetzliche Rente bleibt das
Fundament für den Aufbau einer Alterssicherung, die
die Sicherung des Lebensstandards ermöglicht. Damit
bleibt und die Menschen sich keine Sorgen um eine
ausreichende Rente machen müssen, werden wir dafür
sorgen, dass das Leistungsniveau der
Rentenversicherung nicht weiter sinkt

590 Wir wollen mit gemeinsamen Erfolgen möglich
machen, dass es so hoch wie möglich bleibt. Die
langfristige Sicherung der Leistungen der gesetzlichen
Rentenversicherung ist Teil einer
595 generationengerechten Alterssicherungspolitik. Wer
heute jung ist und für viele Jahre Beiträge zahlt, muss
sich darauf verlassen können, dass diese Beiträge auch
zu einer entsprechenden Rente führen. Diese Sicherheit
ist die Grundlage für die Akzeptanz der gesetzlichen
600 Rentenversicherung bei jüngeren Menschen.

605 Deshalb muss die Finanzierung gerecht, solidarisch
und paritätisch erfolgen. Die Stabilisierung des
Rentenniveaus erfordert erhebliche Mittel aus höheren
Rentenversicherungsbeiträgen und Steuermitteln. Sie
sind gerechtfertigt, um soziale Sicherheit zu
gewährleisten. Die Beitragszahlenden dürfen dabei
nicht überfordert werden, und höhere Einkommen
werden über die Steuerzuschüsse zu den Säulen der
610 Alterssicherung an der solidarischen Finanzierung
beteiligt.

- 615 • Wir werden dafür sorgen, dass das
Rentenniveau nicht sinkt und auch über das
Jahr 2030 hinaus auf dem heutigen Niveau von
48% stabilisiert wird.
- Die damit verbundenen Kosten finanzieren wir
aus höheren Beiträgen und einem höheren
Steuerzuschuss zur Rentenversicherung, der ab
620 2030 um einen Demografiezuschuss ergänzt
wird.
- Der paritätisch von Arbeitnehmern und
Arbeitgebern gezahlte Beitrag steigt bis 2030
nicht über 22 % und darüber hinaus nicht über

625 25 %.

- Gute Entwicklungen in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt müssen sich auch auf das Niveau der Renten auswirken. Ein höheres Rentenniveau ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Mit den Akteuren in Gesellschaft und Wirtschaft wollen wir alle Potentiale heben, um durch gute Arbeit gute Renten zu schaffen. Dazu zählen eine innovative und wachstumsfreundliche Wirtschafts- und Finanzpolitik, mehr Bildung und Qualifizierung, der Ausbau der Betreuungsinfrastruktur. Dazu gehört, die Integration in den Arbeitsmarkt und die Erwerbsbeteiligung von Frauen zu steigern. Kontinuierlich werden wir prüfen, wie die gesetzlichen Renten an den Erfolgen in der Wirtschaftspolitik, bei der Steigerung der Erwerbsbeteiligung und der Lohnentwicklung teilhaben können. Wir wollen erreichen, dass das Rentenniveau nicht nur auf dem heutigen Stand bleibt, sondern, wenn möglich, wieder ansteigt.

650

- Langfristig wollen wir eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status als Arbeitnehmer*innen, Beamte, Freiberufler*in oder Selbstständige

660 Als ersten konkreten Schritt hin zur Erwerbstätigenversicherung wollen wir die Einbeziehung nicht versicherter Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung.

- Zukünftig werden Selbstständige in die Solidargemeinschaft der gesetzlichen Rentenversicherung einbezogen. Sie profitieren von allen Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung.

- Wer bei ihrer Einführung schon älter ist oder bereits in obligatorischen ... ~~kann von der~~ *wird auf Antrag von der* Pflichtversicherung ... Alterssicherungssystemen abgesichert ist, kann von der Pflichtversicherung ausgenommen werden.

- Wer sich selbstständig macht und eine Existenz gründet, erhält Erleichterungen bei der Zahlung der Beiträge.

- 680
- Für Selbstständige sollen sich die Beiträge in allen Sozialversicherungen wie bei abhängig Beschäftigten am (Brutto-) Einkommen (~~Brutto-Einkommen~~) Gewinn orientieren. Dazu wird der Mindestbeitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung abgesenkt.

685 Erwerbsminderung ist eins der größten Armutsrisiken. In der Großen Koalition haben wir bereits für wesentliche Verbesserungen gesorgt. Dies reicht uns jedoch nicht. Bei der Erwerbsminderungsrente müssen wir deshalb zu weiteren Verbesserungen kommen.

690

Darüber hinaus wollen wir:

- Eine Lebensleistungsrente von mindestens 10% über dem regionalen Grundsicherungsniveau. Damit meinen wir eine aus Steuergeldern finanzierte, staatliche Aufstockung der Rente für Menschen, die trotz langer rentenversicherungspflichtiger Erwerbstätigkeit im Alter auf das Niveau der Grundsicherung fallen. Wir wollen, dass sich ihre Lebensleistung auszahlt und sie mehr haben als jemand, der nie gearbeitet hat.
 - Wir wollen die betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rente stärken und dafür sorgen, dass mehr Menschen in ihren Genuss kommen. Dies gilt insbesondere für bisher nur unzureichend abgedeckte Branchen, kleine und mittlere Betriebe und Geringverdiener*innen. Insbesondere Frauen müssen in Zukunft stärker von betrieblicher Altersvorsorge profitieren. Dabei setzen wir auf arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpartnern organisiert und über Tarifverträge abgesichert werden und die die gesetzliche Rentenversicherung nicht schwächen.
 - Mit einer weitgehend flächendeckenden Verbreitung der betrieblichen Altersvorsorge kann dann auch die weitere Förderung der Riester-Rente entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.
 - Die Mütterrente der letzten Rentenreform ist aus Steuermittel zu finanzieren, da die Last der Finanzierung über die Rentenkasse nur die Arbeitnehmer*innen belastet. Diese Last wollen wir durch die Finanzierung aus Steuermittel gerechter verteilen.
 - Den 3. Rentenpunkt auch für Mütter, die vor 1992 ein Kind zur Welt gebracht haben. Die Ungleichbehandlung von Müttern im
- 695
700
705
710
715
720
725
730

Rentensystem ist schlicht ungerecht. Diese Müttergeneration hatte die denkbar schlechtesten Rahmenbedingungen für Erwerbsarbeit.

735

4. Eine gute Krankenversicherung für alle – die Bürgerversicherung

740

Viele Menschen empfinden unser Gesundheitssystem als zunehmend ungerecht. „Zweiklassensystem“ wurde zu einem geflügelten Wort. Wir wollen eine Versicherung mit guten Gesundheitsleistungen für alle, in der jede*r nach seinem Einkommen einzahlt. Wir wollen eine solidarische Finanzierung und eine gerechte Kostenverteilung im Gesundheitswesen. Das ist der Kern der Bürgerversicherung. Nicht nur Gewerkschaften, Wohlfahrtsträger und Sozialverbände wollen die Bürgerversicherung. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung will sie auch. Sie ist Garantie der Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt. Wir wollen eine Krankenversicherung, die für alle funktioniert, egal in welcher Lebensphase, unabhängig von gesundheitlichen Vorbelastungen und mit guten Gesundheitsleistungen für alle. Das ist für uns soziale Sicherheit.

745

750

755

760

Zentrale Vorgabe für die Finanzierung der Bürgerversicherung ist dabei für uns: Alle zahlen ein, also auch Beamt*innen und Selbstständige und von jedem Einkommen, also auch von Kapitaleinkommen, werden Beiträge bezahlt.

765

Wir wissen aber auch, dass wir die Bürgerversicherung nicht in einem Zug einführen können. Deshalb schlagen wir 5 Maßnahmen vor, die auch unabhängig ... 5 folgende ... voneinander eine enorme Erleichterung für die Menschen in unserem Land und wichtige Schritte zu einem gerechten Gesundheitssystem für alle sind:

770

- Wir wollen, dass die Krankenversicherung wieder paritätisch finanziert wird. Das bedeutet, dass die Arbeitgeber*innen wieder zur Hälfte die Krankenversicherungs-beiträge bezahlen müssen. Die Deckelung bei den eingefrorenen Arbeitgeberbeiträgen wird damit aufgehoben. Den Zusatzbeitrag, der für Arbeitnehmer*innen bis 2020 nach unterschiedlichen Berechnungen auf über 2 Prozentpunkte ansteigen würde, wollen wir abschaffen. Das entlastet die Arbeitnehmer*innen in unserem Land.
- Es ist ungerecht, dass auf Arbeitseinkommen Krankenversicherungsbeiträge bezahlt werden müssen und auf andere Einkommensarten, wie

775

780

785 z.B. Kapitaleinkünfte, nicht. Wir wollen, dass
auf alle Einkommensarten Beiträge zur
Krankenversicherung gezahlt werden müssen.
Uns geht es dabei um die Heranziehung von
großem Einkommen. Damit nicht nur andere
Einkünfte unterhalb der
790 Beitragsbemessungsgrenze herangezogen und
damit kleine Vermögen entlastet werden
können, ist eine zweite Beitragssäule
notwendig. Die Beitragserhebung erfolgt über
die Finanzämter. Diese zusätzlichen Beiträge
795 könnten dem Gesundheitsfonds gutgeschrieben
werden oder als direkte Steuerzuschüsse zur
Finanzierung einer flächendeckenden
Gesundheitsversorgung wie zur
Krankenhausfinanzierung oder für
800 Präventionsmaßnahmen verwendet werden.

- Die Beitragsbemessungsgrenze wird auf das
Niveau der Rentenversicherung erhöht, um mit
den zusätzlichen Einnahmen wieder Leistungen
wie Hörgeräte, Sehhilfen und Zahnersatz
805 finanzieren zu können.
- Die Unterschiede bei der ärztlichen Vergütung
von gesetzlich Versicherten und privat
Versicherten werden aufgehoben, um u.a. die
bedarfsgerechte Verteilung von Vertragsärzten
810 zu erleichtern. Diese Maßnahme trägt zur
Gleichbehandlung aller Patientinnen und
Patienten bei.
- Alle müssen ihre Krankenversicherung wählen
können, auch Beamt*innen.

- Alle müssen ihre
Krankenversicherung zu gleichen
815 Bedingungen wählen ...
- *Selbständige, die freiwillig in der
gesetzlichen Krankenkasse
versichert sind, müssen derzeit
einen Mindestbeitrag von ungefähr
400 Euro im Monat bezahlen,
unabhängig vom Gewinn. Wir
werden die gesetzlichen Regeln so
ändern, dass künftig oberhalb der
820 Geringfügigkeitsgrenze der
tatsächliche monatliche Gewinn
als Grundlage für die Berechnung
der Krankenkassenbeiträge
angelegt wird.*

830 **5. Steuergerechtigkeit! Oder „Wie
finanzieren wir das alles“?**

Wir wollen eine gerechte und moderne Gesellschaft.
Dafür brauchen wir einen handlungsfähigen Staat, der
835 in der Lage ist, seine Aufgaben zu erfüllen. Stabile
Staatsfinanzen bilden eine Grundlage dafür, dass der

840 Staat diese Aufgaben erfüllen kann. Sie sind auch Voraussetzung für nachhaltiges und qualitatives Wachstum, um Wohlstand für alle zu schaffen und zu sichern.

845 Steuerpolitik ist für uns Gesellschaftspolitik. Mit unserer Finanzpolitik schaffen wir die Grundlage für Gerechtigkeit. Wir wissen, unser aktuelles Steuersystem folgt in wichtigen Elementen einem Gesellschaftsbild, dass vielfach die aktuelle Lebenswirklichkeit nicht mehr hinreichend abbildet:

- 850 • Unser Steuersystem ist immer noch an einer Familie mit Kindern und der Einverdienerreihe orientiert. Die schwierige Situation der Alleinerziehenden bleibt unberücksichtigt.
- 855 • Die Einkommensunterschiede wurden im ~~wurden~~ Zeitverlauf immer größer. So liegt das Brutto- ~~Bruttodurchschnittseinkommen~~ aller ~~Einkommensbezieher*innen~~ bei etwas pro Jahr. Es gibt aber auch Einkommen von ... über 40.000 Euro am Tag. Eine entsprechende Anpassung des Steuertarifs und der Bemessungsgrundlage haben nicht stattgefunden.
- 860 • Während die Arbeitnehmer*innen im internationalen Vergleich inzwischen relativ hoch besteuert werden, liegen die Steuern auf ~~besteuert~~ *belastet* Vermögen und auch die realen Unternehmenssteuern in Deutschland relativ niedrig. Nutznießer*innen waren Bezieher*innen von Gewinneinkünften und Vermögende.

870 Kurz: Unser Steuersystem wird den Herausforderungen der Zukunft nicht mehr gerecht. Das wollen wir ändern. Um diese strukturellen Schwächen des deutschen Steuersystems schrittweise zu überwinden und zur Stärkung einer sozial gerechten Gesellschaft sind Steuern von elementarer Bedeutung. Sie sichern die notwendigen Einnahmen für die Gemeinschaftsaufgaben und tragen mit dazu bei, dass in Zeiten immer größer werdender Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen, die Schere zwischen arm und reich wieder kleiner wird.

885 In der Vergangenheit wurde auch die Besteuerung von Einkommen, sowohl für Gering- als auch für Spitzenverdiener*innen deutlich gesenkt. Der Tarifverlauf wurde dabei aber nicht gleichmäßig verschoben, sondern er wurde im Ergebnis „gestaucht“. Dies erfolgte aufgrund des deutlichen Ausbaus von Grundfreibetrag und Kinderfreibetrag einerseits sowie einer praktischen Festschreibung des Einkommens, ab

890 dem der Spitzensteuersatz erhoben wird, andererseits.
Im Ergebnis erhielt der Einkommensteuertarif einen
„Buckel“, der dazu führt, dass die Steuerbelastung für
geringe Einkommen besonders schnell ansteigt. Der
Spitzensteuersatz wird bereits ab dem Doppelten des
895 Durchschnittseinkommens erreicht. Mittlere
Einkommensbezieher rutschten dadurch allmählich in
immer höhere Tarifbereiche. Die Bezieher*innen
wirklich hoher Einkommen werden dagegen wegen des
ab etwa 53.000 Euro konstanten Spitzensteuersatzes
900 geschont.

Diese Änderungen der Besteuerungsstruktur erfolgten
vor dem Hintergrund einer immer noch extrem
ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung in
905 Deutschland. Zu den steuerpolitischen
Herausforderungen gehört deshalb die Herstellung
einer größeren Verteilungsgerechtigkeit in
Deutschland.

910 In Anbetracht dieser Gesamtumstände fordern wir
folgende Reformmaßnahmen:

- **Die Entlastung von Gering- und Mittelverdiener*innen**

915 Die arbeitende Bevölkerung mit geringen und mittleren
Einkommen ist das Fundament unserer Gesellschaft.
Allerdings werden diese Einkommensgruppen bei
Lohnerhöhungen durch den aktuellen Steuertarifverlauf
920 besonders belastet. Durch eine Tarifreform der
Einkommensteuer, z.B. durch eine Abflachung des
Tarifverlaufs, wollen wir diese entlasten. Gleichzeitig
sollte Bezieher*innen hoher Einkommen durch eine
Anhebung des Spitzensteuersatzes, der aber erst ab
925 einem höheren Einkommen erhoben wird, ein größerer
Finanzierungsbeitrag für das Gemeinwesen abverlangt
werden. Dazu wollen wir den Spitzensteuersatz von 42
Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen
ab 100.000 Euro bzw. 200.000 Euro bei Eheleuten
930 erhöhen.

Wir wollen die steuerliche Absetzbarkeit von variablen
Vorstands- und Managergehaltsbestandteilen auf
maximal 500.000 Euro pro Jahr begrenzen. Darüber
935 liegende Boni muss das Unternehmen aus seinem
Gewinn nach Steuern leisten. Das heißt: Weniger
Gewinn für die Eigentümer.

- **Die Abschaffung der Abgeltungssteuer**

940

- **Die Abschaffung der Abgeltungssteuer**
Kapitalerträge wie Arbeit besteuern

945 Die Abgeltungssteuer wollen wir abschaffen. Wer ~~Die Abgeltungssteuer wollen wir~~
arbeitet sollte nicht mehr Steuern zahlen müssen, als ~~abschaffen~~
jemand der nicht arbeitet. Das ist bei Zinseinkünften
aber gegenwärtig der Fall. Private Kapitaleinkünfte
950 (Zinsen, Dividenden, Veräußerungsgewinn) sollten
daher wie Arbeit wieder mit dem progressiven
Einkommensteuertarif besteuert werden.

*Daher soll die Abgeltungssteuer unter
Beibehaltung der Quellenbesteuerung
abgeschafft werden.*

- **Eine höhere Besteuerung von Vermögen**

955 Wir wollen durch eine höhere Besteuerung großer
Vermögen eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb
der Gesellschaft erreichen. Das gelingt uns durch die
Wiedererhebung der Vermögensteuer, einer Anhebung
960 der Erbschaft- und Schenkungsteuer.

Wir wollen auch eine Vermögenszuwachsbesteuerung
bei Immobilien prüfen. Gewinn aus der Veräußerung
privater Immobilien könnten dabei ohne Rücksicht auf
965 Haltefristen mit dem persönlichen
Einkommensteuersatz versteuert werden. Bis zur
Integration der Abgeltungssteuer in den
Einkommensteuertarif könnten die
Veräußerungsgewinne aus privaten Immobilien mit
970 einer Steuer von 25 Prozent belegt werden.

Wir wollen eine Vermögensteuer, die eine
Substanzbesteuerung ausschließt und damit der
besonderen Situation des deutschen Mittelstandes, von
975 Personengesellschaften und Einzelunternehmen
Rechnung trägt. Dazu soll das zwingend erforderliche
unternehmerische Vermögen von der Besteuerung
ausgenommen werden.

980 In Analogie zur Erbschaftsteuer soll auch die
Vermögenssteuer hohe Freibeträge (z.B. Eine Million
Euro für natürliche Personen und 2 Millionen Euro für
Körperschaften) umfassen. Dabei stellen wir sicher,
dass das normale Einfamilienhaus nicht von der
985 Vermögensteuer betroffen sein wird.

Besondere steuerliche Privilegien für einzelne
Interessengruppen, etwa Hoteliers und reiche
Erb*innen, die CDU/CSU und FDP in den
990 vergangenen Jahren neu geschaffen haben, werden wir
zurück nehmen.

- **Die Einführung einer
Finanztransaktionssteuer (FTT)**

995

Die Bankenrettung in der Finanz- und Wirtschaftskrise hat weltweit mehrere Milliarden Euro gekostet. Nun wird es Zeit, die Banken und Spekulanten, die für diese Krise mitverantwortlich waren, an den Kosten zu beteiligen und schädliche Spekulationen zukünftig einzudämmen. Dazu fordern wir die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Dabei soll die kapitalgedeckte Altersvorsorge durch Anlageverhalten oder Ausnahmen für Pensionsfonds und für private Rentenversicherungen ohne Kapitalwahlrecht von der FTT weitestgehend unberührt bleiben.

1010 • **Eine europäische Harmonisierung der Körperschaftsteuer**

Bei der Unternehmensbesteuerung in Europa galt sehr lange die Devise „Race to the bottom“, also der Versuch mit einer möglichst niedrigen Besteuerung Unternehmen ins eigene Land zu locken. Dies führte in vielen Ländern zu einem massiven Rückgang der Steuereinnahmen und der Verlagerung von Arbeitsplätzen. Um diesen schädlichen Steuerwettbewerb zu beenden, brauchen wir eine einheitliche europäische Unternehmensbesteuerung. Wir fordern deshalb eine einheitliche Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage und Mindeststeuersätze.

1025 • **Die Stabilisierung der Gemeindesteuern**

Unsere Städte und Gemeinden brauchen eine stabile Einnahmebasis, um weiterhin attraktiver Lebensmittelpunkt für die Menschen zu sein. Die Gewerbesteuer soll daher zu einer ... daher durch Einbeziehung von Freiberuflern zu einer Gemeindegewerbesteuer weiterentwickelt werden. Eine weitere wichtige Einnahmequelle der Kommunen ist die Grundsteuer. Durch die Modernisierung ihrer Bemessungsgrundlage muss der Bestand und die Ertragskraft abgesichert werden.

1040 • **Kinder fördern, nicht Ehen**

Eine familien- und kinderfreundliche Gesellschaft muss dafür Sorge tragen, dass sich Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren lassen. 1958 wurde das Ehegattensplitting zur steuerlichen Förderung der Familie eingeführt. Allerdings hat sich der Familienbegriff in knapp 60 Jahren weiter entwickelt. Daher muss die steuerliche Familienförderung weiterentwickelt werden. Das derzeitige Ehegattensplitting bevorzugt vor allem Alleinverdienerinnen und Ehepaare mit hohem Einkommen – unabhängig ob sie Kinder haben o der

1050 nicht.

Diese Bevorzugung wollen wir für Neuehen in seiner Wirkung begrenzen. Bestandesehen sollen das derzeitige Ehegattensplitting aber weiterhin nutzen können.

1055

Steuerliche Familienförderung sollte nicht nur einzelne Familienmodelle fördern, sondern allen Familien und insbesondere Kindern zu Gute kommen. Dazu müssen wir an verschiedenen Stellschrauben drehen:

1060

- Der Familienleistungsausgleich soll zielgenauer Familien mit geringen Einkommen fördern. Das Kindergeld wollen wir durch eine Zusammenfassung mit dem Kinderzuschlag einkommensabhängig ausgestalten und insgesamt erhöhen.
- Vom Entlastungsbetrag für Alleinerziehende profitieren vor allem Bezieher hoher Einkommen. Die meisten Alleinerziehenden beziehen aber gar keine hohen Einkommen. Damit seine Entlastungswirkung allen Alleinerziehenden unabhängig von ihrem zu versteuernden Einkommen in gleicher Weise zu Gute kommt, sollte er in eine Steuerermäßigung umgewandelt werden.

1065

1070

1075

~~Steuerermäßigung~~ *Steuerergutschrift*

- **Die Bekämpfung von Steuerhinterziehung und -vermeidung**

1080

Die Durchsetzung einer gleichmäßigen Steuererhebung ist Voraussetzung für die Akzeptanz des Steuersystems. Steuerhinterziehung und Steuervermeidung müssen deshalb konsequent bekämpft werden. Dazu brauchen wir:

1085

- Eine bessere Personalausstattung von Justiz und Finanzverwaltung.
- Die Bußgeld- und Strafsachenstellen, die Betriebsprüfung, die Steuerfahndung und die Staatsanwaltschaften müssen verstärkt werden.
- Die Einrichtung einer bundeseinheitlichen Datenbank und einer Bundessteuerfahndung.
- Das Steuergeheimnis sollte endgültig abgeschafft werden.
- Verlängerung der Verjährungsfristen für Steuerbetrug
- Einführung einer Anzeigepflicht für Steuersparmodelle

1090

1095

1100

Durch Umsatzsteuerbetrug entgeht dem Staat jährlich ein Milliardenbetrag an Steuern. Die ehrlichen

1105 Unternehmer*innen und die Konsument*innen müssen diese Zeche zahlen und Wettbewerbsgleichheit ist verletzt. Daher muss der Umsatzsteuerbetrug durch Kassenmanipulation bekämpft werden und durch die Einführung einer Registrierkassenpflicht mit Belegausgabepflicht eindämmt werden.

1110 Die Empfehlung der OECD zur Bekämpfung der Gewinnverlagerung und Gewinnkürzung multinationaler Unternehmen müssen zügig und vollständig umgesetzt werden. Gegen den schädlichen Steuerwettbewerb, etwa durch Gewinnverlagerung, werden wir entschlossen vorgehen. Steuerhinterziehung mittels anonymer Briefkastenfirmen muss durch die ausnahmslose Aufdeckung der Hintermänner beendet werden.

1120 Wir wollen Steueroasen trocken legen und vor allem unsere Hausaufgaben innerhalb der EU machen. Die Bekämpfung von Steuerbetrug kann in einem gemeinsamen europäischen Markt nur europäisch gelingen. Wir werden uns in den europäischen Gremien für eine engere und koordinierte Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union einsetzen und die Initiativen der Europäischen Kommission auch gegenüber Drittstaaten unterstützen.

1130

1135

Die Bundestagswahl am 24. September entscheidet über die Zukunft unserer Gesellschaft, unseres Sozialstaats und unserer Demokratie – in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik und in Europa. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit. Es ist Zeit für mehr SPD. Es ist Zeit für Martin Schulz.

Verteilungsgerechtigkeit

Verteilungsgerechtigkeit

Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Dagegen halten wir als Sozialdemokraten eine Politik der gerechten Verteilung für notwendig, in diesem Sinne sind uns besonders folgende Ziele wichtig:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zeilen 1 - 199: Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

1. Das Ausmaß der Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung, insbesondere die Konzentration des Vermögens an der Spitze bei wenigen Superreichen muss zurückgeführt und dadurch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen »Parallelwelten« der Vermögenden aufgelöst werden. Zugleich müssen Wege gefunden werden, die fortschreitende Finanzialisierung der Wirtschaft auszuhebeln. Der übermäßige Anstieg der Vermögen gegenüber dem Wachstum der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit muss zurückgeführt und dadurch verhindert werden, dass die Ansprüche der Vermögenden auf den gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand zu Lasten anderer Einkommensgruppen weiter wachsen. Auch müssen politische Instrumente gefunden werden, die Übermacht der Vermögensstarken gegenüber anderen wirtschaftlichen Akteuren abzubauen sowie deren Vermögen wieder stärker für Investitionen im realwirtschaftlichen Bereich heranzuziehen.
2. Reduziert werden muss die Spreizung bei der Einkommensverteilung; dabei müssen die Einkommenslagen am unteren Rand gesichert und so Armut in der Bundesrepublik besser bekämpft sowie die Einkommenslagen am oberen Rand »gedeckelt« werden. Zwar sind in einer arbeitsteiligen Wirtschaft und im Medium Geld die Verdienste der einzelnen nicht berechenbar. Gleichwohl sollen sich die Beiträge der einzelnen zum wirtschaftlichen Gesamtergebnis ihrer Betriebe und Unternehmen wie auch zur gesamten Volkswirtschaft in deren Einkommen widerspiegeln. Dazu muss nicht nur die Spreizung der Einkommen auf ein realistisches Maß zurückgefahren, sondern müssen auch die

- 45 Lohnungleichheiten zwischen unterschiedlichen
Berufsgruppen und zwischen Männern und
Frauen bereinigt werden.
3. ArbeitnehmerInnen wirken über ihre Lohnarbeit
am gesellschaftlichen Wohlstand mit und sollen
50 über ihren Lohn an diesem angemessen beteiligt
werden – und zwar alle. ArbeitnehmerInnen, die
in Vollzeit tätig sind, dürfen nicht von
zusätzlichen Sozialeinkommen abhängig sein
und sollen eine ausreichende Alterssicherung
55 erwarten dürfen.
4. Dass der Staat die Steuerpflichtigen nach deren
Leistungsfähigkeit zur Finanzierung öffentlicher
Ausgabe heranzieht, ist gut begründet – und hat
sich in der Bundesrepublik auch gut bewährt.
60 Die dementsprechende Steuerprogression hat
aber in Deutschland an der Spitze Schaden
genommen und muss an eben der Spitze wieder
hergestellt werden. Notwendig ist es,
unerwünschte Steuervermeidungsstrategien und
65 Steuerflucht von den Einkommensstarken zu
verhindern sowie die Vermögen stärker bei der
Bemessung der Leistungsfähigkeit zu
berücksichtigen.
5. Obgleich das deutsche Bildungswesen im
70 internationalen Vergleich gut ist, bestehen
immer noch zu große Unterschiede bei den
Startbedingungen und im Verlauf von Bildung
und Ausbildung. Insbesondere ist die soziale
Mobilität über die Generationen hinweg
75 beschränkt, so dass die Bildungserfolge immer
noch von den Eltern auf ihre Kinder »vererbt«
werden und sich Bildungsungleichheiten
verfestigen. Deshalb gilt es, die Chancen für
Kinder aus einkommensschwachen und
80 bildungsbenachteiligten Familien in Bildung
und Ausbildung zu verbessern.

Deshalb beantragen wir folgende Positionen in das
Bundestagswahlprogramm 2017 aufzunehmen und im
85 Bundestagswahlkampf offensiv zu vertreten:

1. Steuerpolitik

Wir wollen ein Steuersystem schaffen, das nicht nur ein
90 ausreichend hohes Steueraufkommen zur Finanzierung
der öffentlichen Hand gewährleistet, sondern durch
seine Belastungswirkungen und Lenkungseffekte auch
für eine stärkere Umverteilung sorgt:

95 Vermögenssteuer:

Wir wollen die Vermögenssteuer verfassungskonform

wieder einführen und dabei durch entsprechende Freibeträge dafür sorgen, dass angemessenes Wohneigentum von dieser Steuer befreit bleibt.

Erbschaftssteuer und Schenkungssteuer

Wir wollen die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen so gestalten, dass Erben großer Vermögen weit stärker zur Kasse gebeten werden als bisher. Bei der Vererbung von Betriebsvermögen soll eine Sicherung von Arbeitsplätzen über die Stundung der Erbschaftssteuer und nicht über deren Erlass erreicht werden.

Grundsteuer

Die Grundsteuer soll so umgestaltet werden, dass sie einen deutlichen ökologischen Aspekt gewinnt. Der ungenutzten Vorratshaltung von Bauland soll entgegenwirkt und eine intensivere Nutzung von innerörtlichen Flächen erreicht werden. Damit soll dem Flächenverbrauch für Siedlung und Verkehr entgegengewirkt werden.

Einkommensteuer

Wir wollen die Senkung des Spitzensteuersatzes rückgängig machen. Hohe Einkommen wollen wir weit stärker besteuern als bisher. Kapitaleinkommen wollen wir, wie andere Einkommen auch, nach dem persönlichen Steuersatz und nicht mehr mit einem pauschalen Steuersatz (Zinsabgeltung) besteuern.

Steuerhinterziehung:

Steuerbetrug wollen wir wirksamer bekämpfen als bisher. Dazu wollen wir vor allem die Finanzverwaltung personell verstärken. Betriebsprüfungen sollen bundesweit mit gleicher Häufigkeit und Regelmäßigkeit erfolgen. Steuerflucht und Steuerhinterziehung muss – insbesondere durch internationale Kooperation und Absprachen – noch effektiver und dauerhaft bekämpft werden.

2. Vermögenspolitik

Eine stärkere Besteuerung der Vermögen und der Erbschaften allein wird den extrem hohen Ungleichheiten bei den Vermögen nicht wirksam begegnen können. Wir halten deswegen eine wirksamere Förderung der Vermögensbildung, eine Absicherung von kleinen Vermögen sowie den Aufbau

eines öffentlichen Vermögens für notwendig.

Wir wollen eine Verbesserung der staatlichen Vermögensbildung. Staatliche Prämien zur Vermögensbildung sollten auf ihre Wirksamkeit und Kosteneffizienz überprüft werden, ggf. sollten feste Einkommensgrenzen durch flexible Prämienmodelle abgelöst werden. Mitarbeiterbeteiligungen sollten gefördert und für (möglichst) alle Rechtsformen gesetzlich ermöglicht werden. Eigentumsähnliche Beteiligungen sollten gegenüber derivativen Anlageformen steuerlich besser gestellt sein. Darlehen von privaten Darlehensgebern dürfen steuerlich und rechtlich nicht benachteiligt sein.

Wir schlagen vor, einen Kapitalstock im öffentlichen Eigentum aufzubauen und die Renditen an die BuB in Form einer sozialen Dividende steuerfrei und ohne Anrechnung auf Sozialleistungen auszuzahlen. Den Bürgerinnen und Bürgern sollte die Möglichkeit gegeben werden, ihre Dividenden in den öffentlichen Kapitalstock zu reinvestieren. Besonders sympathisch wäre die einmalige Auszahlung der sozialen Dividende an junge Erwachsene als frei verfügbares »Startkapital« für ein selbst bestimmtes Leben.

3. Finanzmarktpolitik

Das Geschehen an den weltweiten Finanzmärkten hat unmittelbaren Einfluss auf Zentrale Fragen der Verteilungsgerechtigkeit. Eine aktive, gestaltende und regulierende Finanzmarktpolitik muss daher zu einem wesentlichen Bestandteil sozialdemokratischer Politik werden. Wir fordern:

Es dürfen nur die Finanzprodukte angeboten und gehandelt werden, die den Interessen der Realwirtschaft dienen und die Finanzialisierung der Ökonomie nicht weiter vorantreiben. Wir wollen mehr Nachhaltigkeit bei der nationalen und globalen Geschäftstätigkeit erreichen und die „Casino-Mentalität“ zurückdrängen. Der Handel mit Aktien und anderen Wertpapieren soll entschleunigt werden, er soll sich am mittel- und langfristigen Erfolg eines Unternehmens orientieren. Der Hochfrequenzhandel muss durch eine geeignete Transaktionssteuer (Modell TOBIN) verteuert werden. Die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln und Trinkwasser muss unterbunden werden.

Diskriminierungsfreier Zugang zu den Finanz- und Kapitalmärkten ist als eine Voraussetzung zur Demokratisierung des Wirtschaftssystems und einer gleichmäßigeren Vermögensverteilung anzusehen. Um

205 der starken Informationsasymmetrie der Teilnehmer
gerecht zu werden, bedarf es wirksamen
Verbraucherschutzes und asymmetrischer Rechte
zugunsten von Kleinanlegern.

210 Von der Teilnahme am Zahlungsverkehr darf niemand Annahme
aufgrund der Einkommens- oder Vermögenssituation
ausgeschlossen werden. Bei der Gewährung von
Darlehen an Verbraucher muss seitens des
gewerblichen Darlehensgebers eine gewissenhafte
Prüfung mit entsprechender Haftung im Hinblick auf
215 die Überforderung des Darlehensnehmers erfolgen.

Vorgänge auf öffentlichen Kapitalmärkten müssen für Annahme
alle Beteiligten und alle Betroffenen gleichzeitig und
transparent erfolgen. Insiderhandel,
220 Kursmanipulationen und sonstige Vermögensdelikte
müssen durch Regulierung und strafrechtliche
Verfolgung eingeschränkt bzw. verhindert werden.
Klein- und Kleinstbeteiligten müssen gegenüber Groß-
und Mehrheitsanteilseignern wirksame Rechtsmittel
225 außerhalb des zivilrechtlichen Rechtsweges ermöglicht
werden.

Anlage- und Versicherungsverträge mit langen Annahme
Laufzeiten müssen durch gesetzliche Regelungen für
230 beide Vertragspartner eindeutig geregelt sein. Bei
Vertragstypen mit (steuer-)gesetzlicher Begünstigung
muss eine Vergleichbarkeit für die Verbraucher
gewährleistet sein, Vertragsänderungen dürfen hier
nicht einseitig erfolgen. Vertriebs- und
235 Abschlussprovisionen sind als Kosten des Anbieters zu
sehen und sollen von diesem getragen werden.
Verkaufsgespräche dürfen nicht als Beratung
bezeichnet und dargestellt werden.

240 4. Einkommenspolitik
Lohn- und Tarifpolitik
ab Zeile 240: Erledigt durch Annahme
von Antrag 1 in der Fassung der
Antragskommission.

245 Wir wollen durch politische Anreize die Tarifbindung
stärken und das Tarifvertragssystem stabilisieren.
Dadurch wird eine übermäßige Spreizung bei den
Arbeitsentgelten verhindert. Außerdem profitieren dann
mehr Beschäftigte von den erfahrungsgemäß höheren
Steigerung von Tariflöhnen.

250 Wir verlangen von den Tarifparteien, der Schere bei
den Löhnen entgegen zu wirken und dazu insbesondere
die Löhne in den unteren Lohngruppen anzuheben.

255 Die Instrumente der Leih-, Zeit- und
Werkvertragsarbeit sind auf die gesellschaftlich

sinnvolle Nutzung zu beschränken. Prekäre Formen sind zu verhindern.

260 Wir fordern die Abschaffung oder zumindest Minderung der kalten Steuerprogression bis zum mittleren Einkommensbereich, damit Tarifsteigerungen tatsächlich zu Nettoeinkommenszuwächsen führen können.

265 Der Mindestlohn muss auch zukünftig zeitnah und realistisch angepasst werden.

Managerehälter

270 Wir wollen die Manager stärker in die Haftung nehmen. Erfolgsabhängige Vergütungsbestandteile dürfen nur bei einwandfreier Tätigkeit gewährt werden. Verschuldensabhängige Schadensersatzansprüche
275 müssen zu einer Herabsetzung der Erfolgsbeteiligung führen, selbst wenn eine vertragliche Haftungsfreistellung vereinbart wurde. Bonuszahlungen für Manager müssen an den langfristigen Betriebserfolg gebunden werden.

280 5. Sozial- und Gesellschaftspolitik

Die Sozialversicherung muss auf breitere Schultern verteilt werden. Daher fordern wir den Einstieg in die
285 „Bürgerversicherung“ bei der Kranken- und Pflegeversicherung. Ein weiteres Abweichen von der Beitragsparität in der Sozialversicherung lehnen wir entschieden ab. Eine stark veränderte Arbeitswelt kann die Beteiligung der Unternehmen am
290 Sozialversicherungswesen durch einen lohnunabhängigen Beitrag erforderlich machen.

Ein weiteres Absinken des Rentenniveaus muss verhindert werden. Zudem werden wir die
295 Erwerbsunfähigkeitsversicherung weiter stärken.

Den finanziell besonders belastenden Herausforderungen der Familien muss wirksam begegnet werden. Die Verringerung der gesetzlichen
300 Rente durch Elternzeit muss durch Erziehungszeiten für beide erziehenden und versorgenden Elternteile sowie durch beitragsfreie Rentenanwartschaften aus dem Elterngeldbezug kompensiert werden. Die Pflege von Angehörigen darf nicht zur eigenen Altersarmut führen,
305 ergänzende Rentenansprüche müssen den Pflegenden gewährt werden.

Wir wollen, dass die Betreuung von Kindern kostenfrei ist. Dies zu gewährleisten, kann nicht allein Aufgabe

310 der Kommunen sein.

Wir werden das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting entwickeln, das sich an der Zahl der Kinder und nicht am Trauschein orientiert.

315

Betroffene müssen staatliche Unterstützung unkompliziert und direkt in Anspruch nehmen können. Transparenz hinsichtlich des sozialen Sicherungssystem und des Angebotes an sozialen Leistungen muss durch lokale Beratungsstellen gewährleistet werden. Wir werden das Schonvermögen weiter anheben.

320

325 Wohnen ist Grundrecht, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum muss durch den Staat ermöglicht, gefördert und gewährleistet oder im Zweifelsfall selbst verwirklicht werden. Wir werden die Wohnungsgemeinnützigkeit wieder einführen.

330

Der Weg zum Arbeitsplatz oder zur Bildungsstätte darf das zur Verfügung stehende Haushaltseinkommens nicht über Gebühr belasten. Wir setzen uns daher für einen kostengünstigen öffentlichen Personennahverkehr und die Übernahme der Schülerbeförderungskosten ein.

335 6. Europapolitik

Mittel- und langfristig müssen wir Verteilungsgerechtigkeit weit mehr als bislang im europäischen Kontext denken. Die EU braucht ein soziales Fundament. Deshalb bleibt die Harmonisierung der Finanz- und Sozialpolitik wesentliches Ziel. Die Bemessungsgrundlage für die Körperschaftssteuer muss vereinheitlicht werden. Ein Standortwettbewerb durch Unterbieten bei den Unternehmenssteuersätzen zwischen verschiedenen Staaten ist im Sinn der Angleichung der Lebensverhältnisse nicht zielführend und muss verhindert werden. Sozialstaatliche Leistungen haben sich innerhalb der EU sehr unterschiedlich entwickelt, die nicht ohne Not vereinheitlicht werden müssen. In einem ersten Schritt wollen wir aber eine europäische Arbeitslosenversicherung einführen.

340

345

350

Antragsbegründung

355

Die sozialen Ungleichheiten haben in Deutschland wie überall auf der Welt zugenommen. Von dieser Entwicklung besonders betroffen ist die Vermögensungleichheit. Dabei ist die Dynamik der Zunahme ungebrochen, so dass die sozialen Ungleichheiten weiter wachsen werden, – wenn es nicht gelingt, diese Dynamik durch geeignete

360

365 Politikansätze zu stoppen und umzukehren. Für diese
Politik steht die SPD als Partei der sozialen
Gerechtigkeit ein. Ihr wird es im Bundestagswahlkampf
vor allem darum gehen, für die notwendigen Schritte
für ein Mehr an Verteilungsgerechtigkeit in
Deutschland, Europa und weltweit politisch zu streiten
und in Deutschland mehrheitsfähig zu machen. Dabei
370 wird sie sich allen Bestrebungen widersetzen, die
politische Aufmerksamkeit von der wichtigen Frage der
sozialen Ungleichheiten auf Ressentiments gegen
Fremde umzulenken und die politischen Konflikte um
eine gerechtere Verteilung in Konflikte zwischen »uns«
375 und »anderen« umzudeuten.

Unterschiedliche Lebensentwürfe realisieren sich in
unterschiedlichen sozialen Positionen. Diesen sozialen
Unterschieden und Ungleichheiten widersetzt sich
380 sozialdemokratische Politik nicht grundsätzlich; sie
sucht diese aber am Maßstab der »sozialen
Demokratie« zu orientieren: Eine »soziale Demokratie«
ist in einer Gesellschaft erreicht, in der alle
Bürgerinnen und Bürger gleiche Rechte und gleiche
385 Möglichkeiten haben, an den unterschiedlichen
Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben und sich an
deren Entwicklung zu beteiligen – und in der die
Beiträge der einzelnen und der sozialen Gruppen für
das Fortkommen der Gesellschaft und für deren
390 Wohlstand und Wohlfahrt anerkannt werden. Bei allen
sozialen Ungleichheiten sind sich in einer »sozialen
Demokratie« alle Bürgerinnen und Bürger zumindest in
ihren gleichen Rechten und gleichen Chancen der
Teilhabe und der Beteiligung gleich. Von daher sind
395 alle soziale Ungleichheiten in der »sozialen
Demokratie« so zu begrenzen, dass diese ursprüngliche
Gleichheit gewährleistet wird. Außerdem muss für
maximale gesellschaftliche Durchlässigkeit gesorgt
werden, so dass alle Bürgerinnen und Bürger die
400 Chance haben, ihre sozialen Positionen zu verlassen
und prinzipiell alle anderen Positionen im Gefüge der
sozialen Ungleichheiten anzustreben. Als einer Partei,
die ihre Wurzeln in der Arbeiterbewegung hat und sich
von daher auch heute den Interessen der arbeitenden
405 Menschen besonders verpflichtet weiß, besteht die SPD
insbesondere auf die Anerkennung der Leistungen
derer, die ihr Einkommen aus der Erwerbsarbeit
beziehen, mit ihrer Arbeit zum gesellschaftlichen
Wohlstand beitragen und über ihren Erwerb an diesem
410 Wohlstand teilhaben.

Probleme der Verteilung dürfen gesellschaftlich nicht
länger dadurch bewältigt werden, dass ökologische
Ressourcen stärker ausgebeutet und die Umwelt stärker
415 mit Emissionen belastet werden. Im Gegenteil: Um

allen Menschen dieser Welt, aber auch um zukünftigen Menschen ein angemesseneres Leben zu ermöglichen, müssen wir bei der Produktion des gesellschaftlichen Wohlstands den Umweltverbrauch und die Umweltbelastung zurückfahren – und müssen dies auch bei der Verteilung des gemeinsam erwirtschafteten Wohlstands berücksichtigen. Im politischen Ziel der »Nachhaltigkeit« war von Anfang an die sozialdemokratische Idee mitgedacht, dass eine zukunftsfähige Umweltnutzung und -belastung mit einer gerechten Verteilung bereits in der Gegenwart verbunden sein muss. Mehr Nachhaltigkeit darf nicht auf Kosten der Einkommensschwachen gehen. Das gilt unter anderem für Kosten der Energie und Mobilität genauso wie für die Gesundheit. In einer »sozialen Demokratie« haben alle Menschen die gleichen Ansprüche auf die ökologischen Ressourcen und auf die Gestaltung ihrer gemeinsamen Umwelt – und müssen diese gleichen Ansprüche auch bei einer größeren Nachhaltigkeit ihres gemeinsamen Umweltverbrauchs und ihrer Umweltbelastung realisieren können. Zukunftsfähige Umweltnutzung und Verteilungsgerechtigkeit sind für die SPD zwei Seiten der einen Medaille »Nachhaltigkeit«.

Vor den Anforderungen der »sozialen Demokratie« her ist das hohe Ausmaß an sozialen Ungleichheiten in der Welt und in Europa, aber auch die sozialen Ungleichheiten in Deutschland kritisch zu beurteilen. Durch das Ausmaß der Ungleichheiten, nicht zuletzt durch die Spreizung der Einkommen und Vermögen werden nämlich die gleiche Teilhabe und Beteiligung verletzt, wird die soziale Mobilität beeinträchtigt und die sozial gerechte Nachhaltigkeit verhindert. Dabei werden aber nicht nur sozialdemokratische Gerechtigkeitsideale nicht erreicht. Vielmehr werden in der Bundesrepublik der soziale Friede und die gesellschaftliche Zusammengehörigkeit, nicht zuletzt auch die volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bedroht. In Europa und weltweit wirkt das Ausmaß der Ungleichheiten destabilisierend; beeinträchtigt wird die politische Integration Europas und das friedliche Zusammenleben der Völker. Gleichwohl wird das Ausmaß der sozialen Ungleichheiten wegen deren ungebremsten Entwicklungsdynamik weiter wachsen. Die politische Herausforderung in Europa und weltweit, aber eben auch in Deutschland bis auf die kommunale Ebene hinab besteht deswegen darin, die sozialen Ungleichheiten zurückfahren und die Dynamik bei der Zunahme der sozialen Ungleichheiten zu bremsen, mehr noch zu stoppen und umzukehren.

Dieser Herausforderung stellt sich die SPD: In den

470 Zeiten der rot-grünen Bundesregierung hat sie sich
besonders für die Integration aller Erwerbspersonen in
Beschäftigung und für größere Bildungschancen für
bildungsferne Haushalte eingesetzt. Womöglich hat sie
475 dabei die Möglichkeiten von Beschäftigung und
Bildung für die Eindämmung der sozialen
Ungleichheiten überschätzt – und unterschätzt, wie
Beschäftigung und Bildung von der Dynamik der
sozialen Ungleichheiten dominiert werden. In den
vergangenen Jahren hat die SPD deswegen nach neuen
480 verteilungspolitischen Wegen gesucht und z.B. im
Instrument des Mindestlohns einen gefunden, um die
Motoren der sozialen Ungleichheiten zu stoppen und
das Ausmaß der Ungleichheiten zurückzufahren. Auf
diesem Weg wird die SPD politisch weitergehen – und
485 weiß sich vor die große Aufgabe gestellt, nach neuen,
politisch eventuell schwer vermittelbaren und z.T. noch
unbekannten Instrumenten zu suchen, für diese
politisch zu mobilisieren und sie umzusetzen, um die
Entwicklungsdynamik der sozialen Ungleichheiten, um
490 allen voran die Zunahme der Vermögensungleichheit
umzukehren.

Erläuterungen, Hinweise, Zahlen und Fakten

zur Erbschaftssteuer:

495 Schätzungen gehen davon aus, dass in Deutschland
jährlich rund 250 Milliarden Euro vererbt werden. Die
Einnahmen des Staates aus der Erbschaftssteuer lagen
im Jahr 2015 aber bei lediglich rund 6,5 Milliarden
500 Euro. Im Gegensatz dazu betrug das
Tabaksteueraufkommen im selben Jahr allein fast 15
Milliarden Euro!

Zur Tarifpolitik:

505 Laut Hans-Böckler-Stiftung sind in den letzten
Jahrzehnten die Löhne in Betrieben, in denen
Tarifverträge galten, deutlich stärker gestiegen als in
den ungebundenen Betrieben.

510

Gute Arbeit für die Zukunft

Gute Arbeit für die Zukunft

Wir fordern gleicher Lohn für gleiche Arbeit:

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

- 5
- Gleiche Bezahlung von Mann und Frau bei gleichen Aufgaben
 - Gleicher Lohn für Leiharbeiter und bei Werkverträgen
 - Tarifbindung und deren Allgemeinverbindlichkeit fördern

Der Mindestlohn sichert faire Bezahlung, daher:

- 10
- kontrollieren, nachbessern und erhöhen
 - keine Ausnahmen für z.B. Flüchtlinge zulassen

Gute Arbeit für die Zukunft gewährleisten:

- 15
- Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen in globalen Konzernen sichern
 - Flexible Arbeitszeiten für Arbeitnehmer fördern
 - Gesellschaftliche Debatte anstoßen: Was ist uns Arbeit im Erziehungs- und Pflegebereich wert?
- 20
- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf
 - Ausländische Abschlüsse leichter anerkennen

25

Arbeitgeber verpflichten für zu Investitionen in die Qualifizierung der Beschäftigten Fort- und Weiterbildung ihrer Arbeitnehmer zu sorgen

Begründung:

30

Arbeit definiert den Menschen, sichert das Einkommen und gibt Sinn. Und wir definieren unsere Arbeitswelt und die Bedingungen, zu welchen wir unsere Arbeits- und Schaffenskraft einbringen. Die SPD will dafür faire und gerechte Bedingungen.

Bürgerversicherung

Bürgerversicherung

Wir fordern:

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission sowie durch Beschlusslage.

- 5 • eine Bürgerversicherung für jede Bürgerin und jeden Bürger, unter Einbeziehung aller Einkommensarten
- eine solidarisch finanzierte Bürgerversicherung: starke Schultern tragen mehr
- Ausbau der Pflegeversorgung durch eine staatlich einheitliche Pflegekasse
- 10 • Transparenz in der Abrechnung von medizinischen Leistungen
- 15 • Wir sprechen uns zudem gegen die totale Überwachung im Gesundheitssystem aus. Es darf keinen gläsernen Patienten geben. Im Zeitalter der Digitalisierung liebäugelt die Versicherungswirtschaft jedoch damit, uns u.a. mit elektronischen Gesundheitsbändern rund um die Uhr zu vermessen. Damit droht nicht nur Unfreiheit, sondern langfristig die Aushöhlung des solidarischen Kerns des Versicherungsprinzips.

20 Daher sind wir gegen einen (wirtschaftlichen) Zwang durch elektronische Gesundheitsüberwachung.

Begründung:

25 Gute Gesundheit gehört zu den grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen. Krankheiten machen dabei keinen Unterschied zwischen Arm und Reich - unsere Gesundheitsversorgung hingegen schon. Das müssen wir ändern: Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf gute Gesundheits- und Pflegeleistungen, unabhängig
30 von Vermögen oder Beruf.

Sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik

Sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik

Wir fordern folgende sozialdemokratische Ziele in der Rentenpolitik:

Erledigt durch Annahme
von Antrag 1 in der
Fassung der
Antragskommission.

- 5 • Die umlagefinanzierte, solidarische Rente muss wieder zur Hauptsäule der Altersversorgung gemacht werden
- 10 • Das gesetzliche Rentenniveau muss deutlich oberhalb von 50% stabilisiert und damit lebensstandardsichernd ausgestaltet werden
- 15 • Die derzeit wirksamen Abschlagsfaktoren sind so zu modifizieren, dass bei denjenigen Versicherten mit niedrigen Einkommen keine Altersarmut droht
- Für die Zukunft soll in Schritten eine Erwerbstätigenversicherung für alle, unabhängig vom Status (Arbeitnehmer/in, Beamte, Selbständige) angestrebt werden
- Keine neuen Subventionen und staatliche Anreize für kapitalgedeckte Systeme (z.B. Riesterrente)
- Alle Einkommensarten sollen in die Sozial- und Rentenversicherung aufgenommen werden

Begründung:

20 Die SPD will Sicherheit im Alter über eine durch Arbeit solidarisch erwirtschaftete Rente. Wir dürfen die Menschen nicht sehenden Auges in die Altersarmut „arbeiten“ lassen.

Antragsbereich BTW/ **Antrag 6**

Kennnummer 9148

AfA Baden-Württemberg

Rente mindestens 50%

Rente mindestens 50%

Die SPD strebt eine langfristige Niveausteigerung der gesetzlichen Rente auf mindestens 50% an.

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

Begründung:

5

Mündlich

Antragsbereich BTW/ **Antrag 7**

Kennnummer 9137

Kreisverband Lörrach

Einkommenssteuer - Vermögenssteuer

Einkommenssteuer - Vermögenssteuer

Wir fordern:

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

- 5
1. Absenkung der Einkommenssteuer für kleinere und mittlere Einkommen („Absenkung des Mittelstandsbauches“);
 2. Eine sozial ausdifferenzierte Einkommenssteuer mit einem höheren Spitzensteuersatz
 3. Kapitalerträge sollen wie Einkommen aus Arbeit besteuert werden; höhere Kapitaleinkünfte müssen zu einem entsprechend höheren Steuersatz versteuert werden.
 - 10 4. Steuerpflicht für im Ausland lebende Deutsche (analog US-Vorgehen)
 - 15 5. Die Vermögenssteuer muss wieder eingeführt werden oder zu mindestens eine Erbschaftssteuer die wirksam ist, damit das Leistungsprinzip gilt und nicht Erbdynastien entscheidend sind
 6. Über Prüfung von Steuerprivilegien
 7. Mehr Steuerfahnder und schärfere Strafen gegenüber Steuerbetrügern und Beratern, die zu Steuerbetrug animieren

20 **Begründung:**

Immer mehr Menschen fühlen sich durch ihr niedriges Einkommen in Deutschland abgehängt. Auf der andern Seite häuft sich zunehmend

25 das Vermögen bei wenigen. Die Vermögensschere in Deutschland geht immer weiter auf. Dies bedroht unsere Demokratie und unsere Gesellschaft. Daher muss unsere SPD verstärkt auf soziale Gerechtigkeit drängen. Unser altes Steuersystem haftet reaktionär an längst überkommenen Prinzipien. Gesellschaftliche Entwicklungen müssen auch im Steuersystem reflektiert werden

30 Besteuerung muss fairer werden: Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen sollen entlastet werden und Vermögenden ihren fairen Beitrag leisten.

35 Faire Steuern gelten nicht nur für Privatpersonen, sondern müssen erst recht für Firmen gelten: Denn Flucht des Kapitals vor der Ausübung sozialer Verantwortung in unserem Land muss ein Ende gesetzt werden. Die Panama-Papers, Luxemburg-Leaks und das Steuerverhalten von Konzernen wie Apple zeigen aktuell aber
40 enormen Handlungsbedarf auf. Steuerschlupflöcher müssen gestopft, Steueroasen trockengelegt und die Finanztransaktionssteuer eingeführt werden.

Antragsbereich BTW/ Antrag 8

*Kennnummer 9142
Kreisverband Lörrach*

Wohnungsbauförderung

Wohnungsbau- förderung

Wir fordern:

Erledigt durch Annahme von Antrag 1 in der Fassung der Antragskommission.

- 5 • eine massive Erhöhung der Fördermittel für Wohnungsbau von Land und Bund für den Miet- und Sozialmietwohnungsbau
- 10 • die Wohnungsbauförderung konzentrieren auf Wohnbauten mit einer Sozialbindung, die nicht nach 10 Jahren ausläuft. Die Wohnungen sind deshalb vom Land oder von den vom Land entsprechend finanziell unterstützten Kommunen zu schaffen und anschließend zu verwalten
- 15 • die Unterstützung von Wohnbaugenossenschaften
- die Kopplung der Eigentumsförderung an eine Einkommensgrenzen für Neubauten, gebrauchte Immobilien und den Erwerb von Genossenschaftsanteilen
- 20 • die Mietpreisbremse stärken; Einführung eines verpflichtenden, qualifizierten Mietspiegels für Kommunen
- ein Minimum an sozialverträglichen Wohnraum als Auflage für Neubaugebiete
- eine Verschlankung der Bauordnung
- Bebauung kommunaler Grundstücke vorrangig mit sozialer Bindung, kein Verkauf zu Höchstpreisen an private Investoren

oder Immobiliengruppen

Begründung:

25

Es ist eine klare staatliche Aufgabe, für genügend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen. Wir erleben aber einen enormen und immer noch ansteigenden Druck auf den Wohnungsmarkt. Menschen mit niedrigem und mittlerem Einkommen, insbesondere Familien und Alleinerziehende, können sich die Mieten nicht mehr leisten. Wohnen wird immer mehr zum Luxus!

30

Antragsbereich BTW/ Antrag 9

Kennnummer 9159

Juso-Landesverband Baden-Württemberg

Sozial 4.0 - Unserer Zukunft: frei, gerecht und digital

**Sozial 4.0 -
Unserer Zukunft:
frei, gerecht und
digital**

5

Unsere Gesellschaft, Politik, Wirtschaft und Kultur befinden sich in einem globalen und tiefgreifenden Umbruch: Die digitale Revolution hat unser Leben in kürzester Zeit tiefgreifend verändert. Dabei gelingt es der Politik aktuell nicht, diesen rasanten Prozess zu steuern. Chancen und Risiken der zunehmenden Digitalisierung aller Lebensbereiche liegen dabei oft nah beieinander. Die Realität ist den nötigen, tiefgreifenden Reformprozessen voraus. Wir als SPD haben den Anspruch, die Digitalisierung politisch zu gestalten. Wir wollen Antworten darauf geben, wie unser Verständnis einer gerechten, freien und solidarischen Gesellschaft im digitalen Zeitalter aussieht. Dabei ist die Politik in der Pflicht, Regeln und Gesetze zu schaffen, damit durch das Internet nicht das Recht des/der Stärkeren Einzug erhält

10

15

Es braucht eine neue Ordnung, die den Schutz von BürgerInnenrechten und der Freiheit jedes/jeder Einzelnen auch in Zeiten von großflächiger Datenerhebung gewährleistet. Der Wandel der Arbeitswelt geht mit konkreten Chancen und Risiken für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen einher und auch die Art und Weise unseres Wirtschaftens steht mit der Vernetzung und Industrie 4.0 vor tiefgreifenden Veränderungen. Es muss gelingen, die Menschen bei dieser Entwicklung nicht außen vor zu lassen und durch Bildung und Vorbereitung für die digitale Welt zu wappnen. Hierfür wollen wir SozialdemokratInnen unsere Antworten geben, mit denen wir diesen politischen Prozess gestalten können.

20

25

Dabei wissen wir: Digitalpolitik ist Gesellschaftspolitik, ob bei BürgerInnenrechten, der Arbeit, Wirtschaft oder Bildung –

Überweisung an die Projektgruppe "Zukunft der Arbeit".

30 verschiedenste Reformen müssen in Gang gesetzt werden, um ein
Leben in Freiheit und Gerechtigkeit zu ermöglichen. BürgerInnenrechte
und Demokratie 4.0 Für uns als SPD ist klar: Mit der Digitalisierung
haben sich die Anforderungen an unsere grundlegenden Rechte und
Freiheiten verändert. Wir stehen für eine vernetzte Gesellschaft, in der
35 unveräußerliche Rechte die Teilhabe für alle Menschen gewährleisten
werden müssen. Deshalb sprechen wir uns für einen uneinschränkbaren
Rechtsanspruch auf Internetzugang aus. Jeder Mensch muss die Hoheit
über seine eigenen Daten beibehalten und hat einen Anspruch auf
Datensouveränität. Dabei ist unser Anspruch als SozialdemokratInnen,
40 die Selbstbestimmtheit und Freiheit auch in Zeiten von Algorithmen
zur NutzerInnenanalyse und zielgerichteten Verhaltensvorhersage zu
gewährleisten. Wir stehen für ein Internet, in dem Meinungsfreiheit
und -pluralität genauso gewährleistet werden wie der Schutz vor Hass,
Hetze und Beleidigung und die konsequente Strafverfolgung von im
Besonderen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder
Internetkriminalität.

45 Mit der Digitalisierung entstehen neue Herausforderungen, für eine
gerechte Teilhabe an der digitalen Wertschöpfung zu sorgen und
gleichzeitig das Netz als neutralen Raum zu verstehen, in dem ein
Kräftegleichgewicht zwischen den einzelnen AkteurInnen
50 gewährleistet sein muss und kein Recht des Stärkeren vorherrschen
darf.

Zu einer gerechten Gesellschaft gehört für uns allerdings auch das
Recht darauf, zwischen digitaler und analoger Welt zu wählen. Deshalb
55 muss die Teilhabe an unserer Gesellschaft, am Arbeitsleben und der
Kultur auch weiterhin den Menschen offen stehen, die an der digitalen
Gesellschaft nicht teilhaben können oder wollen.

60 Meine Daten gehören mir – Datensouveränität gewährleisten

Für uns ist klar: Jeder Mensch hat das Recht über seine persönlichen
Daten selbst zu bestimmen. Die Daten gehören nicht dem
Unternehmen, das diese sammelt, sondern dem Verbraucher oder der
Verbraucherin. Deswegen treten wir für das Recht jedes Verbrauchers
65 und jeder Verbraucherin ein, auf Wunsch alle erhobenen
personenbezogenen Daten in einem offenen, standardisierten Format
bei einem Anbieter herunterzuladen und bei Bedarf vollständig löschen
zu lassen. Damit wird nicht nur ein AnbieterInnenwechsel erleichtert,
sondern auch die Privatsphäre gestärkt.

70 Wir sprechen uns für eine gesetzliche Regelung aus, die gewährleistet,
dass NutzerInnen über das Speichern, Verwenden, Verarbeiten sowie
die Art und Weise des Umfangs leicht verständlich und vollständig
informiert werden müssen. Daher fordern wir, dass alle NutzerInnen
75 regelmäßig vom Unternehmen, das die Daten sammelt, einen
Datenbrief, optional in Papierform, erhalten. Für uns ist klar: Die
Kosten für einen Datenbrief dürfen nicht auf die NutzerInnen
abgewälzt werden. Wir fordern außerdem, dass erhobene Daten mit
Personenbezug einer strengen Zweckbindung unterliegen. Das
80 bedeutet, dass ausschließlich Daten mit expliziter Zustimmung der

NutzerInnen für den genannten Zweck genutzt werden dürfen. Sie dürfen nur nach Zustimmung an Dritte weitergeleitet werden. Es dürfen keine Daten ohne Zustimmung erhoben werden. Jegliche personenbezogenen Daten, die ohne Zustimmung erhoben werden, müssen vernichtet werden und dürfen nicht genutzt werden. Um zu gewährleisten, dass Daten mit Personenbezug nicht dauerhaft verfügbar sind, fordern wir ein gesetzlich verankertes Recht auf Vergessenwerden. Personenbezogene Daten sollen sich automatisch nach drei Monaten löschen - außer der Nutzer wünscht es anders. Dieser Mechanismus soll jedoch, wie alle anderen Privatsphäreinstellungen nicht erst vom Nutzer eingestellt, sondern schon als Grundeinstellung nach dem Privacy-by-Default-Prinzip bestehen. Das Privacy-by-Design-Prinzip soll für InternetdienstleisterInnen zur Pflicht werden. Daher begrüßen wir die aktuellen Entwicklungen bezüglich der Datenschutzgrundverordnung.

Ein Recht auf Vergessenwerden darf jedoch nicht dazu missbraucht werden, Meinungsfreiheit im Internet einzuschränken - hier gilt es einen Ausgleich zwischen Persönlichkeitsrecht und Recht auf freie Meinungsäußerung zu finden. In Streitfällen sollen Gerichte über Löschungen entscheiden, anstatt, wie bisher, die jeweiligen Unternehmen.

Das Sammeln und Auswerten von Daten nimmt für Unternehmen einen immer höheren wirtschaftlichen Wert ein. Die durch die NutzerInnengemeinschaft erzeugten Daten kommen in teils unverhältnismäßigem Ausmaß den Unternehmen zugute, während VerbraucherInnen und die Öffentlichkeit nicht ausreichend profitieren. Das Sammeln von Daten bringt auch für die Unternehmen eine große Verantwortung mit sich. Wir wollen deswegen Daten sammelnde Unternehmen dazu verpflichten, jährlich zu veröffentlichen, wie sie für den Schutz der Daten der VerbraucherInnen Sorge tragen.

Für uns stellen personenunabhängige Daten allerdings ein Allgemeingut dar, ihre Nutzung darf der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden. Deshalb sprechen wir uns für eine rechtlich bindende Verpflichtung aus, anonymisierte NutzerInnendaten nach einer angemessenen Zeit der Allgemeinheit für private wie wirtschaftliche Zwecke zur Verfügung zu stellen, ohne dass entsprechende Zugangsbarrieren einen Zugriff erschweren. Dieses Open Data-Prinzip soll für Unternehmen wie Behörden gleichermaßen gelten.

Staatliche Aufgabe: Datenschutz statt Datenmissbrauch

Auch der Staat sammelt immer mehr Daten über seine BürgerInnen. Wir sind uns bewusst, dass dies zu einem gewissen Anteil auch gerechtfertigt ist, um bestmöglich das Zusammenleben zu regeln und Abläufe effizient gestalten zu können. Doch sind es insbesondere diese Daten, die den BürgerInnen gehören. Eine ökonomische Nutzung personenbezogener Daten durch den Staat lehnen wir daher ab.

Insbesondere höchstpersönliche Daten sind für uns besonders

135 schützenswert. Pauschale Einschränkungen und Eingriffe in die
persönlichen Sphären dürfen deshalb niemals flächendeckend und
pauschal erfolgen, sondern müssen Ausnahmen unter strengen
Auflagen bleiben. Hierbei müssen insbesondere die Grundrechte wie
die Unschuldsvermutung und das Recht auf informationelle
Selbstbestimmung gewahrt werden.

140

Wir wissen: Mehr Überwachung führt nicht zu mehr Sicherheit.
Deswegen lehnen wir Überwachung, außer im begründeten
Verdachtsfall, ab. Staatlicher Überwachung stehen wir kritisch
gegenüber. Deshalb lehnen wir die verdachtsunabhängige
145 Vorratsdatenspeicherung auch weiterhin ab und sprechen uns für eine
Abschaffung der Speicherpflicht und für eine Höchstspeicherfrist von
Verbindungsdaten aus. Niemals darf ein Nachrichtendienst oder
Verfassungsschutz unbeschränkt auf die akkumulierten Daten zugreifen
können. Außerdem fordern wir eine Aufwertung der
150 Datenschutzbeauftragten in Land und Bund gegenüber öffentlichen
Einrichtungen und den Sicherheitsbehörden, um Kontrolle zu üben und
die Öffentlichkeit informiert zu halten.

Insbesondere die Geheimdienste erhalten durch die Vielzahl an Daten
155 nie gekannte Möglichkeiten. Die Politik muss sicherstellen, dass
Geheimdienste im Sinne der BürgerInnen handeln und nicht gegen
deren Interessen. Wie die Entwicklungen rund um den NSA-Skandal
gezeigt haben, hat die parlamentarische Kontrolle von Geheimdiensten
offenbar ihren Zweck verfehlt. Wir fordern deshalb eine stärkere
160 Regulierung der Geheimdienste und Ausweitung der parlamentarischen
Kontrolle. Die parlamentarischen Kontrollgremien des Bundes und der
Länder müssen deshalb mit mehr Personal- und Sachmitteln
ausgestattet werden. Die Abgeordneten müssen mit mehr Kompetenzen
ausgestattet werden, Verfahren und Akten eigenmächtig einsehen zu
165 können. Um eine wirkungsvollere Kontrolle zu gewährleisten, sprechen
wir uns darüber hinaus dafür aus, dass eine vollständige Offenlegung
der Akten der In- und Auslandsgeheimdienste nach 30 Jahren erfolgen
muss. Dies ermöglicht es der Gesellschaft und der Politik, nach
angemessener Frist notwendige Schlüsse für die Ausgestaltung der
170 Geheimdienstarbeit zu ziehen.

Kooperationen und insbesondere Datenaustausch mit ausländischen
Geheimdiensten lehnen wir ab, solange ungerechtfertigt und
unverhältnismäßig in die Grundrechte eingegriffen wird. Ebenso lehnen
175 wir ungerechtfertigte und unverhältnismäßige Übergriffe, sowohl
digital wie analog, des eigenen Geheimdienstes in die Rechte von
EinwohnerInnen anderer Länder ab.

180 Globale Digitalisierung – Das Netz endet nicht an der Grenze

180

Das Internet endet nicht an Landesgrenzen. Damit entstehen neue
Herausforderungen für die Politik, globale Lösungen für Fragen des
Datenschutzes, den Schutz des Urheberrechts aber auch für die
Vermeidung von Internetkriminalität und staatlich lancierten
185 Cyberangriffen zu finden. Wir sprechen uns daher für eine umfassende
bilaterale und multilaterale Verhandlungsagenda der Europäischen

Union aus, die flächendeckende, verbindliche Datenschutzabkommen zum Ziel haben soll. Um transparente Kriterien für bi- oder multilateralen Datenaustausch zu definieren, soll ein offizieller Anforderungskatalog der Bundesrepublik definiert und durchgesetzt werden. Für uns ist dabei klar: Wenn grundlegende Standards in Bezug auf Datenschutz von höchstpersönlichen Daten von BürgerInnen vor Staaten und Unternehmen nicht gewährleistet sind, müssen auch Abkommen, beispielsweise im Bereich des freien Handels, auf den Prüfstand gestellt werden. Datenschutzabkommen dürfen dabei nicht aus ökonomischen oder außenpolitischen Erwägungen verhandelt werden. Auch der Zugang zum Internet muss international für alle Menschen zugänglich sein. Um diese internationale Gleichberechtigung zu erreichen fordern wir daher, dass der Ausbau des Internets, sowie die Verteilung internetfähiger Geräte durch internationale Entwicklungsprojekte von Deutschland und der EU unterstützt bzw. gefördert werden.

Langfristig muss eine internationale digitale Grundrechtscharta das Ziel sein, in der sich Staaten auf grundlegende Freiheiten, Datenschutz und Ablehnung von Zensur verständigen. Für einen uneingeschränkten Zugang zum Internet, sollte es den Unternehmen in Deutschland verboten werden, Inhalte auf ein Land zu reduzieren und so deutsche BürgerInnen im Ausland und BürgerInnen andere Länder von diesen Inhalten auszuschließen.

Digitalisierung in Europa

Auch auf europäischer Ebene gilt es, einheitliche Regeln für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu formulieren. Die Novellierung der europäischen Datenschutz-Grundverordnung halten wir für einen längst überfälligen Schritt, um persönliche Daten von EU-BürgerInnen besser zu schützen und das massenhafte Sammeln dieser einzuschränken. Wir setzen uns jedoch für eine weitere Verschärfung dieser ein. Auch auf europäischer Ebene muss eine Datensouveränität für jedeN BürgerIn gewährleistet werden und ein umfassendes Auskunftsrecht für alle NutzerInnen bestehen. Deshalb soll auch auf europäischer Ebene die Einführung eines Datenbriefs geprüft werden.

Die durch die EU verhandelten Datentransfers sensibler Daten, wie etwa Fluggastdaten zu Staaten der sogenannten „Five Eyes“, sehen wir kritisch, solange ein Eingriff in Grundrechte europäischer BürgerInnen durch Geheimdienste dieser Staaten nicht glaubwürdig ausgeschlossen werden können. Dabei ist für uns klar: Datenaustausch muss strengen Kriterien unterliegen und darf zu keiner anlasslosen Massenüberwachung führen. Das zwischen den USA und der EU verhandelte Abkommen „Privacy Shield“ halten wir aktuell für unzureichend. Erst wenn sichergestellt werden kann, dass das Datenschutzniveau in den USA unseren Mindestansprüchen genügt, kann ein derartiges Abkommen in Kraft treten. Für EU-BürgerInnen muss es einen effektiven Rechtsschutz für Beschwerden gegenüber Geheimdiensten und Unternehmen geben, die diese strengen Kriterien nicht einhalten.

240 Demokratie online – direkter, transparenter, verständlicher

Auch vor Ort sehen wir die Digitalisierung als große Chance, jedem Bürger und jeder Bürgerin den Zugang zu Informationen einfacher zu ermöglichen und mehr Transparenz für politische Entscheidungen zu erreichen. Außerdem bietet sie die Möglichkeit, mehr Menschen in den politischen Prozess miteinzubeziehen. Für uns ist dabei jedoch klar: Demokratische Standards müssen auch im digitalen Zeitalter eingehalten werden.

250 Transparenz weiterentwickeln

In der digitalen Gesellschaft hat der Staat eine besondere Aufgabe für den Zugang und die Verwendung von Daten. Daten des Staates sind Allgemeingut und müssen öffentlich zugänglich sein. Aus dem Grund fordern wir, dass Daten, die im Interesse der Allgemeinheit sind, als Rohdaten ohne jedwede Einschränkung zur freien Nutzung, Weiterverwendung und -verbreitung nach dem Open Data-Prinzip frei und kostenlos zugänglich gemacht werden. Dienststellen des Bundes und des Landes sollen zur Herausgabe der Rohdaten und Aufbereitung der Daten verpflichtet werden.

Um den BürgerInnen darüber hinaus größtmögliche Transparenz zu ermöglichen, fordern wir die Schaffung eines neuen Transparenzgesetzes, das nach dem Vorbild von Hamburg sämtliche Verwaltungsunterlagen, sofern rechtlich möglich, online kostenlos zur Verfügung stellen. Die Informationsgesetze der Länder müssen so vorangetrieben werden, dass die Bürger zeitnah, vollständig und kostenlos von ihren Behörden Auskunft zu ihren Anliegen erhalten. Städte und Gemeinden sind durch die Bereitstellung von Mustersatzungen durch die jeweiligen Bundesländer zu motivieren, Transparenzsatzen zu erlassen. Auch diese Satzungen sollen dazu dienen, den Bürgerinnen und Bürgern proaktiv und kostenlos Daten zur Verfügung zu stellen.

275 Digitale Demokratie

Einfacher als bisher kann vielen Menschen ein Zugang zu politischen Entscheidungsprozessen ermöglicht werden. Öffentliche Beteiligung, beispielsweise bei der Erstellung des Landes- oder Bundeshaushalts, oder im Rahmen großer Infrastrukturprojekte, begrüßen wir. Vorschläge von BürgerInnen sollen über einen Beteiligungshaushalt aufgenommen und geprüft werden. Darüber hinaus müssen Möglichkeiten geschaffen werden, online Anregungen und Vorschläge einzureichen oder Missstände zu melden. Außerdem soll geprüft werden, inwiefern digitale Anträge gestellt werden können. Bei all diesen Möglichkeiten muss jedoch klar sein, dass digitale BürgerInnenbeteiligung erst gelernt werden muss und demokratische Prinzipien eingehalten werden müssen.

290 Digitale Verwaltung

Der digitale Wandel bietet auch die Chance, verkrustete

Verwaltungsstrukturen aufzubrechen und Politik bis in die
Kommunalebene transparenter, schneller und besser zugänglich zu
295 machen. Die Aufstockung digitaler Angebote, digitale Kommunikation
mit Behörden oder der digitale Amtsbesuch sind Maßnahmen, die
insbesondere auch im ländlichen Raum dabei helfen können,
demokratische Partizipation und die Interaktion mit staatlichen
300 Institutionen zu vereinfachen und müssen deswegen weiter ausgebaut
und gefördert werden. Wir fordern die Bundes- und Landesregierungen
dazu auf, einen Fahrplan für die Digitalisierung der öffentlichen
Verwaltungen bis 2020 aufzustellen.

Arbeit im Wandel Die digitale Revolution ändert unsere Art zu arbeiten
305 grundlegend. Arbeit ist zunehmend "entgrenzt", sowohl in zeitlicher als
auch in räumlicher Hinsicht. Arbeit wird zunehmend mobil und spielt
sich infolge einer globalisierten und vernetzten Welt zeitgleich in
verschiedenen Zeitzonen ab. Arbeitszeit und Freizeit verschwimmen
zunehmend, mit zusätzlichen Chancen, aber vor allem Belastungen für
310 ArbeitnehmerInnen. Als Sozialdemokraten haben wir immer für eine
Emanzipation von ArbeitnehmerInnen gekämpft. Wir schützen
ArbeitnehmerInnen vor Ausbeutung und schlechten
Arbeitsbedingungen und machen uns für ihre Mitbestimmung stark.
Um den Schutz der ArbeitnehmerInnen auch bei zunehmend digitaler
315 Arbeit zu gewährleisten, bedarf es daher umfassender Reformen des
Arbeitsrechts. Für uns ist dabei klar, dass solche Reformen nur
gemeinsam mit den SozialpartnerInnen erfolgen können.

Jederzeit Arbeit?

320 Die Arbeitszeit wird immer flexibler, dies stellt die Politik vor neue
Herausforderungen. Insbesondere die verschwimmende Grenze
zwischen Freizeit und Arbeitszeit führt zu neuen Belastungen für die
ArbeitnehmerInnen. Um zu gewährleisten, dass einE ArbeitnehmerIn
325 nicht permanent für den/die ArbeitgeberIn verfügbar ist, fordern wir
daher ein Recht auf Nichterreichbarkeit, das bei seiner in
Anspruchnahme zu keinerlei Nachteilen für den Arbeitnehmer führen
darf. Darüber hinaus fordern wir, dass es eine Pflicht der
Nichterreichbarkeit für mindestens 8 Stunden am Stück pro Tag
330 eingeführt wird, welche nur im Rahmen von speziellen
Ausnahmeregelungen und begründeten Fällen ausgesetzt werden kann.

Die permanente Erreichbarkeit führt auch zu Reformbedarf bei den
bisherigen Regelungen im Arbeitszeitgesetz. Die Möglichkeit,
335 beispielsweise abends noch eine Mail zu beantworten, kann Probleme
bei den im Arbeitszeitgesetz geregelten Ruhezeiten darstellen. Aus dem
Grund fordern wir eine Reform der Ruhezeiten, die insbesondere
kurzzeitige Unterbrechungen der Ruhezeit sowie deren Begrenzung
regelt. Dabei muss sichergestellt sein, dass die neuen Regelungen
340 ausschließlich ArbeitnehmerInnen vor weiterer Entgrenzung schützen.
Wir halten an einer regulären Tagesarbeitszeit von maximal acht
Stunden fest, Ziel ist dabei, diese zu verkürzen. Vereinbarungen zu
Präsenzphasen und individuelle Phasen fördern den sozialen Kontakt
und stärken die Zusammenarbeit. Dabei braucht es einen
345 Rechtsanspruch auf Mitbestimmung der Lage der Arbeitszeit für

ArbeitnehmerInnen. Wir sprechen uns für die Regulierung durch Betriebsvereinbarungen zu Kontenmodelle, Langzeitkonten, Vertrauensarbeitszeiten und flexiblen Schichtsystemen aus, weiterhin müssen Arbeitsleistungen in der Freizeit sowie Dienstreisen vollständig als Arbeitszeit angesehen werden. Flexible Arbeitszeitkonten brauchen dabei einen Insolvenzschutz. Auch ein Rechtsanspruch auf Aufstockung- oder Reduzierung der Arbeitszeit gehören zu unserem Verständnis von guten Arbeitsplätzen. Das Ergebnis dürfen keine Regeln sein, die es in erster Linie ArbeitgeberInnen erleichtern MitarbeiterInnen auf Abruf einzusetzen.

Auch kann durch zunehmende Automatisierung ein Problem dadurch entstehen, dass Geräte und technische Neuerungen Pausen oft nicht vorsehen. Als wichtiger Bestandteil des ArbeitnehmerInnenschutzes muss sichergestellt werden, dass Ruhepausen auch in Zukunft eingehalten werden. Darüber hinaus führt die Entgrenzung von Arbeitszeit auch dazu, dass bestehende Tarifverträge hinsichtlich der Zeiterfassung, des Zeitausgleichs und der finanziellen Vergütung von Mehrarbeit angepasst werden müssen.

Arbeit überall?

Die Digitalisierung führt nicht nur zu einer Entgrenzung von Arbeitszeit, sondern auch zur Entgrenzung des Arbeitsortes. Mobile Endgeräte führen dazu, dass viele Tätigkeiten von beinahe jedem Ort durchgeführt werden können. Ortsunabhängiges und mobiles Arbeiten schafft einerseits die Möglichkeit, home office zu betreiben und damit zum Beispiel die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern. Andererseits führt die räumliche Entgrenzung auch zu neuen Fragen, zum Beispiel für das Unfallversicherungsrecht. Der Unfallschutz stellt eine der zentralen Säulen der sozialen Sicherungssysteme dar und muss deswegen auch für mobile Arbeit für jedeN ArbeitnehmerIn vollumfassend gewährleistet sein. Zur Kostenerstattung von Dienstreisen soll durch die Tarifpartner auf Regelungen hingewirkt werden, welche eine direkte Abrechnung möglich machen, sodass Mitarbeiter nicht in Vorkasse gehen müssen.

Die Allgegenwärtigkeit von mobilen Endgeräten führt ebenso dazu, dass ArbeitnehmerInnen sowohl privat als auch dienstlich auf ein solches angewiesen sind. Viele ArbeitnehmerInnen wollen jedoch nur ein einziges Gerät sowohl für den privaten als auch dienstlichen Gebrauch verwenden, sodass der/die ArbeitnehmerIn entweder sein/ihr mobiles Gerät dem/der ArbeitgeberIn im Sinne des "bring your own device" zur Verfügung stellt, oder er ein Gerät des/der ArbeitgeberIn auch für private Zwecke nutzen kann. Um den Datenschutz sicherzustellen fordern wir daher die Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes, um zu gewährleisten, dass diese nicht zur Überwachung des/der ArbeitnehmerIn missbraucht werden. Darüber hinaus müssen die Tarifparteien in Tarifverträgen künftig Vereinbarungen über den Einsatz und die eventuelle Vergütung von „BYOD“ regeln.

Flexible Arbeit – Chancen nutzen, Risiken verhindern

400

Verschiedene Menschen bevorzugen verschiedene Arbeitszeitmodelle, insbesondere abhängig von den jeweiligen Lebensabschnitten, in denen sie sich befinden. Teilzeitarbeit, job sharing, home office und mobile Arbeit bieten den ArbeitnehmerInnen, die flexibel arbeiten möchten, neue Chancen, die insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern können. Deswegen wollen wir flexible Arbeitszeitmodelle im Sinne der ArbeitnehmerInnen weiter fördern und die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats für die konkrete Ausgestaltung von Arbeitszeitmodellen erweitern, um zu verhindern, dass die Flexibilisierung zulasten der ArbeitnehmerInnen ausgestaltet werden. Außerdem sprechen wir uns für ein gesetzlich verankertes Recht auf „Home Office“ aus, wenn betriebliche Interessen dem nicht entgegenstehen.

405

410

415

Flexible Arbeitszeitmodelle führen jedoch auch zu einer immer schwierigeren Abgrenzung von Arbeitsverhältnis und selbstständiger Dienstleistung. Der klassische ArbeitnehmerInbegriff ist insbesondere durch die Möglichkeit, Ort, Zeit und Art und Weise der Arbeit beim flexiblen Arbeitsmodell weitestgehend selbst zu gestalten, überholt. Aus dem Grund fordern wir die Weiterentwicklung der Kriterien zur Abgrenzung von Scheinselbstständigkeit, um eine rechtssichere Abgrenzung in Zukunft zu ermöglichen. Gerade auch Crowdfunding sehen wir als neue Form der Dienstleistung, die neues Missbrauchspotenzial birgt. Aus dem Grund muss Crowdfunding begrenzt werden und es muss rechtlich sichergestellt werden, dass CrowdworkerInnenn denselben Schutz wie ArbeitnehmerInnen genießen.

420

425

Digitalisierung braucht Weiterbildung

430

In der „Smart Factory“ der Zukunft wird auch weiterhin der Mensch das zentrale Element des Produktionsprozesses sein, dessen Arbeit durch Roboter ergänzt und unterstützt wird. Dies wird die ArbeitnehmerInnen vor körperlicher Überanstrengung schützen, wir begrüßen daher digitale Assistenzsysteme in der Fertigung. Durch verkürzte Produktzyklen wird der Schulungsbedarf jedoch langfristig steigen. Digitale Anlernsysteme können hier ebenfalls unterstützend wirken. Gerade ältere ArbeitnehmerInnen können hiervon profitieren. Klar muss allerdings auch sein, dass insbesondere die ältere Generation meist keine vergleichbar hohe Affinität zu digitalen Endgeräten wie unsere Generation hat. Daher muss die regelmäßige Weiterbildung im digitalen Bereich gewährleistet werden. Hier sehen wir, neben der Erwachsenenbildung im Rahmen der Arbeitsversicherung, die Sozialpartner in Verantwortung - Regelungen in Tarifverträgen begrüßen wir ausdrücklich. Um diese Weiterbildungsmaßnahmen auch über die Arbeitsversicherung finanzieren zu können, muss das Budget der Agentur für Arbeit für Qualifizierungsmaßnahmen deutlich aufgestockt werden.

435

440

445

450

Talent statt Ausbildung? Der Umgang mit digitalen Endgeräten und das Bearbeiten von Medien ist für die junge Generation selbstverständlich.

Mit geringen Vorkenntnissen und einfachen Anwendungen lassen sich beeindruckende Arbeitsergebnisse erzielen. Dies ermöglicht einen individuell gestalteten Bildungsverlauf und Beruf Ausführung für nicht
455 gelernte Berufe. Dennoch muss die digitale-Kompetenz weiterhin in den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gefördert werden. Wer im einen Moment noch als Freiberufler mit selbst angeeigneten Fähigkeiten arbeitet, kann im nächsten Moment, zum Beispiel familiären oder gesundheitlichen Gründen, gezwungen sein, die
460 Selbstständigkeit aufzugeben. Es muss möglich sein, die tatsächlichen Fähigkeiten des Menschen anzuerkennen. Wer sich, auf welchem Weg auch immer, Fähigkeiten aneignet, muss auch die Möglichkeit bekommen, diese zu zertifizieren. Dazu muss die Eignung von formalen und informellen Kompetenzen in der Online-Arbeit und in
465 Kreativberufen ausgearbeitet werden. Weiterbildungen mit anerkannten Zertifizierungen müssen im Bereich der digitalen Kreativberufe und Online-Arbeit ausgearbeitet und von den anerkannten Weiterbildungsträgern angeboten werden. Diese sind Abschlussorientiert zu. Gleichzeitig bekommt in der Online-
470 Arbeitswelt dem Lebenslangen Lernen eine wachsende Bedeutung zu. Angestellten sowie Selbstständigen muss die Möglichkeit gegeben werden, sich im gleichen Tempo weiter zu bilden!

Gleichzeitig darf Weiterbildung kein Privileg für diejenigen sein, die es
475 sich leisten können. Dazu müssen ArbeitnehmerInnen zu Bildungszwecken bei Entgeltfortzahlung von der Arbeit frei gestellt werden und Menschen mit mindestens dreijähriger, abgeschlossener Berufsausbildung müssen einen Hochschulzugang erhalten und geförderte Bildungsteilzeit muss für Arbeitslose, Arbeitssuchende und
480 Beschäftigte außerhalb von Festanstellungsverhältnissen eingeführt werden.

Digitalisierung braucht Mitbestimmung

485 Für uns ist klar: Auch in Zukunft setzen wir auf starke Mitbestimmungs- und Beteiligungsrechte von Betriebs- und Personalräten, insbesondere bei der fortschreitenden Digitalisierung der Betriebe und Behörden. Deswegen müssen die Kompetenzen der Betriebs- und Personalräte an den technischen Fortschritt angepasst und
490 weiterentwickelt werden.

Die Digitalisierung und Globalisierung führen dazu, dass sich die Organisationsstrukturen von Unternehmen stark wandeln. Dynamischere, kurzfristige und unternehmensübergreifende
495 Organisationseinheiten sowie dezentrale Entscheidungsstrukturen stellen den klassischen Betriebsbegriff vor Herausforderungen. Der Betrieb stellt nicht mehr zwingend die Grundeinheit der Unternehmensorganisation dar. Zudem wird die Stammebelegschaft oftmals durch den Einsatz von LeiharbeiterInnen, CrowdworkerInnen oder durch den Missbrauch von Werkverträgen
500 ersetzt. Um die Mitbestimmung auch im Unternehmen der Zukunft zu ermöglichen und auszubauen, brauchen wir daher einen neuen Betriebsbegriff. Für uns ist dabei klar, dass dieser auch neue Formen der Beschäftigung erfassen muss und deren Mitbestimmung im Sinne

505 des Betriebsverfassungsgesetzes ermöglichen und stärken muss.

Die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats wollen wir auch bei der Einführung von neuen Technologien stärken, da sich diese Veränderungen gravierend auf die Arbeit jedes/jeder einzelnen auswirken kann. Deswegen müssen die bisherigen Mitbestimmungsrechte angepasst werden. Die Einführung und Anwendung von technischen Einrichtungen wie Hardware oder Software fällt unter das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats. Um zu gewährleisten, dass der weite Anwendungsbereich dieses Rechtes nicht durch eine Änderung der Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts aufgegeben wird, soll dieser gesetzlich geregelt werden.

Wir stehen für kollektive Zugangsrechte von Intranet und Unternehmensplattformen zur Kommunikation, entsprechend den bestehenden Zugangsrechten für Dienststellen. Das Öffnen der Gewerkschaften zu Mitgliedschaften für Solo-Selbstständige, wie es die IG Metall und ver.di bereits gemacht hat. ArbeitnehmerInnen und Solo-Selbstständige müssen dort mit Informationen versorgt werden, wo sie diese sehen. Es müssen weitere Onlineplattformen für Bewertung, Beratung und Aufklärung im Netz zur Online-Arbeit und digitale Kreativberufen entstehen.

Diskriminierung in der Online-Arbeitswelt

Jede/r ArbeitnehmerIn hat das Recht sich vor Übergriffen, Mobbing und Diskriminierung zu schützen. In den klassischen Betrieben ist eine starke Interessenvertretung hier der erste Ansprechpartner. Gerade digitale Kreativberufe und Online-Arbeiten unterliegen nicht mehr dem Bild von klassischen Arbeitsplätzen in Betrieben, mit einer Interessensvertretung. Geistige Brandstiftung kann auch während der Arbeit stattfinden. Wohin wendet sich die/der Online-ArbeiterInn bei einen Shit Storm oder Hate Speech? Die Auseinandersetzung mit Facebook zu diesem Thema hat gezeigt, wie schwierig hier die Gesetzeslage ist. Die Selbstbestimmung der eigenen Daten und Nutzungsprofile von Online-Plattformen ist ein sensibler Punkt. Missbrauch und Überwachung im Unternehmen und von außen müssen unterbunden werden. Unternehmen müssen sicherstellen, das auch den betriebseigenen Plattformen Diskriminierung nicht geduldet und Foren moderiert werden. Ein wirksamer Beschäftigungsdatenschutz muss endlich eigene Gesetzeslage werden. Dafür brauchen wir umfangreiche Aufklärungskampagnen zum Umgang mit Shit-Storm und Hate Speech bei Online-Arbeiten durch den/die Arbeitgeber*in. Notwendige Nutzungsprofile der ArbeitnehmerInnen müssen mit den Nutzerangaben vorher klar definiert und Vertraglich geregelt werden. Die personenbezogenen Daten müssen gegen Missbrauch im Unternehmen und von außen geschützt werden. Es sind so wenig Daten durch das Unternehmen zu erheben und Screening-Verfahren der MitarbeiterInnen zu verbieten.

555 Arbeitszeitverkürzung als Aufgabe der Sozialpartnerschaft

Letztlich kann die Digitalisierung auch allgemein dazu führen, dass

immer mehr Tätigkeiten durch Roboter oder Maschinen ausgeführt werden und es zu einem geringeren Bedarf an Arbeitskräften kommt.
560 Um allen die gerechte Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen ist eine kollektive Arbeitszeitverkürzung ein möglicher Weg. Hierbei ist uns jedoch klar: Eine Arbeitszeitverkürzung kann nur über die Sozialpartner erfolgen. Diesen muss es obliegen, eine Verkürzung der Arbeitszeit über Tarifverträge zu regeln. Die zusätzliche Freizeit
565 können die ArbeitnehmerInnen zu Weiterbildungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, beispielsweise im Rahmen der Arbeitsversicherung, nutzen oder zur freien Entfaltung seiner/ihrer Persönlichkeit. Wirtschaft 4.0 Nach der Einführung mechanischer Produktionsanlagen Ende des 18. Jahrhunderts, der Massenproduktion
570 durch elektrische Energie Ende des 19. Jahrhunderts und der Automatisierungswelle seit den 1970er Jahren steht mit der Digitalisierung die nächste große industrielle Revolution bevor. Maschinen und Systeme, die in „Smart Factories“ miteinander kommunizieren, Datenaustausch in Echtzeit und sogar softwaregetriebene Entscheidungen und Vernetzung zwischen Produktion,
575 ZuliefererInnen, Logistik und AbnehmerInnen führen zu einer grundlegenden Änderung unserer Wirtschaftsstruktur.

Wir sehen in der Industrie 4.0 vor allem eine Chance für Deutschland.
580 Als starker und innovativer Produktionsstandort hat Deutschland das Potential, sich an der Spitze der digitalen Revolution teilzunehmen, nachdem es diese Spitzenposition im Bereich der IT, Telekommunikation und Softwarebranchen verpasst hat. Nur wenn es der Industrie gelingt, durch vernetzte Produktion Ressourcen zu schonen und
585 Produktivitätsgewinne zu realisieren, bleibt sie wettbewerbsfähig in Bezug auf die wachsenden Konkurrenzstandorte in aller Welt. Wir wollen den Trend der Digitalisierung stärken und setzen uns dafür ein, dass die Vorteile in erster Linie dem Gemeinwohl zu Gute kommen und die ArbeitnehmerInnen von den zu erwartenden Gewinnen
590 profitieren

Digitalisierung verstehen - Vernetzung fördern

Um den Strukturwandel durch Industrie 4.0 in der Produktion, bei den
595 Beschäftigten oder bei ganzen Wertschöpfungsketten besser zu verstehen, muss mehr Geld in die Forschung an Industrie 4.0 investiert werden. Wir fordern, dass der Bund und die Länder mehr Mittel als bisher für diesen Zweck bereitstellen. Eine bundesweite Strategie für Innovationsmanagement soll vom Wirtschaftsministerium vorgelegt
600 werden. Fördergelder gehören gerecht verteilt - es darf keine Gewinner- und Verliererregionen in diesem Prozess geben.

Wir wissen, dass die Entscheidung zu Industrie 4.0 in erster Linie von den Unternehmen selbst kommen muss, dennoch sehen wir die Politik
605 in der Pflicht, diese Entwicklung zu fördern. Eine Vernetzung zwischen den Unternehmen sowie Industrie- und Forschungscluster und Wissenstransfer können dabei gute Instrumente darstellen. Gleichzeitig muss die Politik die Eintrittsbarrieren insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen reduzieren und den Zugang zu Know How und
610 Kapital sicherstellen, um auch diesen die Chance zu geben, an der

Digitalisierung teilzuhaben. Auch die Industrie muss sich Entwicklungen stellen, denn mit der digitalen Gesellschaft steht sie einem völlig neuen Anforderungsprofil gegenüber. Wir sprechen uns daher dafür aus, gezielt IT- Start Ups zu einer eigenständigen
615 Entwicklung zu fördern, um Know How im eigenen Land zu unterstützen, auszubauen und zu halten. Dafür wollen wir auch die Universitäten und Hochschulen weiter stärken und zu diesem Zweck besser ausstatten.

620 Bildung und Weiterbildung als Schlüssel

Wir sind uns bewusst, dass Industrie 4.0 nur mit qualifizierten Fachkräften gelingen kann. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, die Investitionen in Aus- und Weiterbildungen zu erhöhen und
625 insbesondere ältere FacharbeiterInnen gezielt für die neuen Herausforderungen vorzubereiten.

Infrastruktur als Kern der Digitalisierung

630 Nur wenn es gelingt, unsere Infrastruktur beständig an die neuen Herausforderungen anzupassen, können wir den Wirtschaftsstandort Deutschland zukunftsfähig halten. BürgerInnen und Unternehmen sind auf einen schnellen und umfassenden Internetausbau angewiesen, daher sprechen wir uns für den Breitbandausbau und attraktivere
635 Mobilfunktarife für Haushalte mit entsprechenden Datentarifen für Privatkunden aus. Deswegen fordern wir, dass ein flächendeckender Breitbandausbau, insbesondere in ländlichen Gebieten, vorangetrieben wird. Auch weniger profitable Gegenden dürfen nicht hintenangestellt werden, eine Abdeckung mit gutem Internet muss für jeden Menschen
640 gewährleistet werden. Um dabei in Zeiten zügiger Innovationen schnell reagieren zu können, sprechen wir uns darüber hinaus für eine flächendeckende Verlegung von Leerrohren im Rahmen des Breitbandausbaus aus. Öffentliches, kostenloses und barrierefreies W-Lan, auch über Förderung von Freifunk, gehört für uns zu einem
645 modernen und digitalen Deutschland dazu. Wir begrüßen deswegen die Abschaffung der Störerhaftung, die einen zeitnahen und flächendeckenden Ausbau ermöglicht. Öffentliches und barrierefreies W-Lan ist für uns als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge Aufgabe der Kommunen und soll daher ohne Mehrkosten für die BürgerInnen
650 realisiert werden, eine entsprechende Förderung durch Bund und Länder muss hierfür zeitnah geprüft werden.

Handwerk und Dienstleistung 4.0

655 Zunehmend geraten auch das Handwerk und der Dienstleistungssektor unter den Druck der Digitalisierung. Diese müssen in erster Linie dadurch unterstützt werden, dass die duale Ausbildung auf die Aufgaben im digitalisierten Beruf vorbereitet. Dafür muss eine Modernisierung der dualen Ausbildungsberufe, aber auch der
660 Schulinfrastruktur erfolgen. LehrerInnen an beruflichen Schulen müssen gezielt für Informations- und Kommunikationstechnologie sensibilisiert werden und dazu befähigt werden diese zu unterrichten. Über die Erstausbildung hinaus muss auch die Fortbildung hin zum

665 HandwerkerInnen oder DienstleisterInnen 4.0 öffentlich gefördert werden. Niemand darf aus Mangel an Weiterbildungsangeboten in seinem oder ihrem Berufsfeld technologisch abgehängt werden.

Share Economy als Chance

670 Wir sehen in der Share Economy ein Wiederauferstehen eines alten Prinzips: das Teilen von Gegenständen. Die verbesserten Chancen, durch die Vernetzung im Internet die Ideen des kollaborativen Konsums voranzutreiben, wollen wir nutzen. Die entsprechende Rechtssicherheit für AnbieterInnen und NutzerInnen schaffen wir, indem wir darauf drängen, dass bestehende rechtliche Standards und der Verbraucherschutz auch beim digitalen Angebot gewahrt bleiben. 675 Dabei muss der Fokus auf vollständiger Transparenz liegen, andernfalls kann nicht gewährleistet werden, dass das Bereitstellen von Gebrauchsgegenständen, Autos oder Wohnungen nicht zum Nachteil aller Beteiligten gereicht. Share Economy-Geschäftsmodelle, die darauf aufbauen, den ArbeitnehmerInnen- oder Versicherungsschutz auszuhebeln, um sich dadurch einen Wettbewerbsvorteil zu verschaffen, wie beispielsweise die Fahrdienstleister Uber oder Wundercar, lehnen wir ab. Gleichwohl müssen Anreize geschaffen werden, Unternehmen zu digitalisieren, um den NutzerInnen Vorteile zu gewähren. 680 685

Smart Grid - Energiepolitische Zukunft gestalten

690 Auch die Energiewende kann von der Digitalisierung nicht ausgenommen werden. Wir sprechen uns für eine Stärkung von intelligenten Stromnetzen, den sogenannten „Smart Grid“, aus, gleichwohl erkennen wir, dass damit auch Risiken und Nachteile für VerbraucherInnen einhergehen können. Nichts desto trotz bietet ein Smart Grid auch gewaltige Chance, die Energiewende intelligent zu gestalten. 695

700 So ist es möglich, über ein Smart Meter intelligente Endgeräte anzusteuern damit diese dann laufen, wenn der Strom günstig ist, oder das Netz dies zulässt. Insbesondere im Bezug einer erwarteten stärkeren Verbreitung von Elektroautos und anderen Elektromobilen wird man an gesteuerten Ladesäulen nicht umhin kommen, wenn der Netzausbau im Niederspannungsnetz Verhältnismäßig bleiben soll. Langfristig ist zu hinterfragen, ob persönliche Kraftfahrzeuge 705 überhaupt eine Zukunft haben.

710 Eine dezentrale Energieversorgung macht auch eine Dezentrale Datenerhebung unerlässlich. Wichtig ist hierbei, dass die gesammelten Informationen sicher sind. Sicher im Sinne, der Ausfallsicheren Übertragung, als auch sicher vor dem Zugriff unbefugter. Um die Gefahr, aus Informationen über den Stromverbrauch Rückschlüsse auf den Alltag der VerbraucherInnen schließen zu können müssen persönliche Daten so weit es geht anonymisiert und gesammelt übertragen werden. 715

Privatsphäre schützen

720 Durch intelligente Messsysteme können teils sehr detaillierte
Rückschlüsse über das Verhalten der KonsumentInnen gezogen
werden. Gleichwohl sind sie Voraussetzung für einen wirkungsvollen
Ausbau von Smart Grid. Die Nutzung der Daten darf daher nur unter
strengen Auflagen und anonymisiert erfolgen. Außerdem muss geprüft
725 werden, ob ausschließlich gebündelte Datensätze mehrerer
VerbraucherInnen übertragen werden können, in denen Daten von
mehreren Haushalten über eine kurze Zeitspanne oder Daten eines
einzelnen Haushalts über eine größere Zeitspanne zusammengefasst
werden.

730 Forschung als Investition

Wir begrüßen die verschiedenen Initiativen des Landes, wie
beispielsweise das Förderprogramm „Smart Grids-Forschung – digital
vernetzt“, um in die weitere Erforschung der Potenziale und konkreten
735 Umsetzungsmöglichkeiten des Smart Grids zu investieren. Besonders
in sicherheitssensiblen Bereichen ist eine genaue technische Kenntnis
von großer Bedeutung, um die Gefahr von Systemausfällen zu
minimieren. Wir unterstützen die Idee des Smart Grid. Gleichwohl
muss ausführlich geprüft werden, ob eine Einführung intelligenter
740 Messsysteme in Deutschland mit einem verhältnismäßigen Mehrwert
verbunden ist. Erst wenn dieser Mehrwert sichergestellt ist und der
Datenschutz flächendeckend gewährleistet werden kann, halten wir die
Ausbreitung intelligenter Messsysteme für sinnvoll.

745 Bisherige Regelungen verpflichten Haushalte erst ab einem
Jahresverbrauch von mehr als 6000 kWh zu einem Einbau intelligenter
Messsysteme. Nach Planungen der Bundesregierung soll der Ausbau
dieser aber weiter vorangetrieben werden. Wenn ein Nutzen des
Ausbaus der Systeme erkennbar ist, begrüßen wir zwar deren
750 Verbreitung, für uns ist aber klar, dass die finanzielle Belastung dabei
nicht einseitig bei MieterInnen landen darf. Selbst wenn sich ein
Einbau rechnet, müssen private VerbraucherInnen ein
Widerspruchsrecht, auch beim sogenannten “optionalen Einbau”,
haben. Smart Cities fördern Die digitale Revolution wird auch die
755 Städte der Zukunft nachhaltig prägen. Seien es Verkehrsdaten oder an
statistische Daten angepasste Polizeistrategien; die Smart City ist längst
keine Utopie mehr. Wir sehen viele dieser Entwicklungen als sehr
positiv an. Die Smart City ist eine Vision, deren Umsetzung auch
finanziell deutlich stärker gefördert werden muss. Wir wollen den
760 Wandel der Städte konstruktiv begleiten; ein besonderes Augenmerk
soll dabei jedoch auch auf der Privatsphäre der BürgerInnen liegen. Da
die Smart City Dreh- und Angelpunkt der Digitalisierung sein wird,
fordern wir die verstärkte Unterstützung von Modellstädten durch den
Bund, dabei dürfen jedoch auch ländliche Regionen nicht außen vor
765 bleiben. Ein integraler Bestandteil von „Smart City“ ist die effiziente,
emissionsarme und kostengünstige Mobilität. Dies betrifft sowohl den
individual, als auch den öffentlichen Verkehr. Der Individualverkehr
kann durch den Einsatz von intelligenten Systemen gezielt gesteuert
werden, wodurch Verkehrsprobleme ohne den Neubau von Straßen

770 beseitigt werden können indem die bestehende Infrastruktur effizienter
genutzt wird. In den letzten Jahren wurde die Aufstellung von
Verkehrsleitsystemen und den Umbau von Ampelanlagen mit
verkehrsabhängiger Steuerung in Angriff genommen, dies begrüßen
775 wir ausdrücklich. Dennoch müssen weitere Schritte unternommen
werden. Dabei gilt zu prüfen, in wie weit private Navigationssysteme
miteingeschlossen werden können, da diese einer effizienten
Verkehrssteuerung durch individuell vorteilhafte Wegeberechnungen
780 entgegenwirken. Wir erkennen die Chancen, die durch eine
Digitalisierung des öffentlichen Personennahverkehrs entstehen, diesen
individuell zu gestalten. Durch eine anonyme Datenerhebung können
die bisherigen Systeme an die Bedürfnisse angepasst werden. Darüber
hinaus erlaubt sie die Möglichkeit, spontane, bedarfsgerechte
Verkehrsangebote bereitzustellen, wie zum Beispiel zusätzliche Busse
785 oder Bahnen und auf der anderen Seite auch unnötige Leerfahrten zu
vermeiden. Diese Maßnahme sorgt für eine höhere Attraktivität des
ÖPNV und sorgt gleichzeitig für eine höhere Effizienz bei
gleichzeitigen Kostenersparnissen. Langfristig verspricht auch die
Einbindung von selbstfahrenden Automobilen in den ÖPNV eine
790 signifikante Attraktivitäts- und Effizienzsteigerung des öffentlichen
Verkehrs - durch diese kann zum Beispiel der Weg vom Zuhause zum
Bahnhof zeiteffizient bewerkstelligt werden ohne dass dazu ein eigenes
Auto benötigt wird. Wir fordern, diese Technologie als Teil des
öffentlichen Verkehrs zu betrachten und nicht als Spielzeug für
795 Besserverdienende. Durch die Bereitstellung einer
Informationsinfrastruktur kann die Verknüpfung von individuellem und
öffentlichem Personenverkehr erleichtert werden, was insbesondere die
Verkehrssituation den Städten entspannt. Bei allen Maßnahmen dürfen
der Datenschutz und die individuellen Rechte der BürgerInnen nicht
800 vernachlässigt werden. Da personenbezogene Mobilitätsdaten einer
besonderen Sensibilität unterliegen, ist zu gewährleisten, dass diese
anonym und zweckgebunden genutzt werden. Eine Nutzung der Daten
für kommerzielle Zweitverwertung oder Strafverfolgung lehnen wir
entschieden ab. Die Digitalisierung wird die Mobilität aller Menschen
805 massiv beeinflussen, es liegt an uns dazu beizutragen, dass die Kosten
dafür gerecht verteilt werden.

Der Fortschritt muss im ganzen Land ankommen! Ziel ist es, durch
intelligente Abläufe Ressourcen und Kosten einzusparen. Die frei
werdenden Mittel sollen dem Allgemeinwohl zu Gute kommen. Im
810 Sinne der nachhaltigen Entwicklung wollen wir dabei insbesondere die
Gebühren des ÖPNV weiter absenken und langfristig abschaffen sowie
dessen Ausbau stärker fördern.

Neue Regeln braucht das Netz Viele Bestimmungen und Gesetze, die
815 unser Zusammenleben, unser Handeln und unsere Art und
Wirtschaftens bislang geregelt haben, können die mit der
Digitalisierung einhergehenden neuen Anforderungen nicht mehr
erfüllen. Wir erkennen, dass es neuer Regeln bedarf, um auch in Zeiten
der Digitalisierung unser Zusammenleben gerecht zu gestalten

820 Netzneutralität bewahren

Einige Telekommunikationsunternehmen versuchen durch die schrittweise Abschaffung der Netzneutralität ihre Profite zu erweitern. Damit brechen sie mit einem der Grundprinzipien des Internets - auf Kosten der EndnutzerInnen. Die Netzneutralität stellt sicher, dass jedes Datenpaket gleich behandelt und somit gleich schnell weitergeleitet wird. Die Abschaffung der Netzneutralität würde nicht nur zu einer Steigerung der Preise für die EndnutzerInnen führen, sondern auch großen Unternehmen einen massiven Wettbewerbsvorteil verschaffen. Deshalb halten wir auch in Zukunft am Prinzip der Netzneutralität fest und wollen diese national wie europäisch gesetzlich verankern.

Urheberrecht

Unser heutiges Urheberrecht ist nicht mehr zeitgemäß für das 21. Jahrhundert und muss weiterentwickelt werden. Forderungen nach der Abschaffung des Urheberrechts stellen wir uns dabei entschieden entgegen. Die Forderung nach der Abschaffung löst keine Probleme und gefährdet vielmehr den notwendigen Schutz von geistigem Eigentum. Ein neues Urheberrecht muss vielmehr das "Recht auf Remix", also das Recht auf Weiterentwicklung von fremdem geistigem Eigentum als grundlegende Voraussetzung für Kunst und Meinungsfreiheit gesetzlich verankern und zugleich den Schutz geistigen Eigentums berücksichtigen. Darüber hinaus halten wir Creative-Commons-Lizenzen, durch die NutzerInnen sofort erkennen können, unter welchen Bedingungen sie geistiges Material nutzen oder weiterverändern können, für eine sinnvolle Weiterentwicklung des Urheberrechts und setzen uns deswegen für eine weitere Stärkung des Systems der CC-Lizenzen ein. Das Urheberrecht ist jedoch nur so stark, wie es bekannt ist. Daher fordern wir eine Aufklärungskampagne des Justizministeriums und die Verknüpfung des Urheberrechts in der schulischen Bildung. Verantwortungsbewusstes Surfen muss erklärt werden!

Verhinderung von Monopolisierung

Durch die Digitalisierung entstehen neue Formen von Monopolen und Oligopolen, für die es einer politischen Antwort bedarf. Wir sprechen uns dafür aus, in Zeiten datenintensiver großer Unternehmen die europäischen und deutschen Kartellbehörden zu stärken. Immer höhere Markteintrittsbarrieren für neue MarktteilnehmerInnen verhindern, dass Unternehmen wie Microsoft, Google, Facebook, Amazon oder Alibaba sich einem ernstzunehmenden Wettbewerb aussetzen müssen. Es muss möglich sein, notfalls durch Zerschlagung einzelner Unternehmen zu verhindern, dass VerbraucherInnen keine Ausweichmöglichkeiten für die Nutzung bestimmter Produkte mehr haben. Das Sammeln von Daten in sozialen Netzwerken und die Platzierung eigener Produkte auf anderer Ebene mit den akkumulierten Daten ist Wettbewerbsverzerrung im äußersten Maße und muss verboten werden. Mit der Einführung des Open Data-Prinzips kann der Entwicklung einer Daten-Monopolbildung entgegnet werden können. Durch eine internationale Vernetzung zwischen unterschiedlichen Kartellbehörden muss gewährleistet werden, dass auch solche Konzerne an Monopolbildungen gehindert werden, die durch undurchsichtige

Strukturen und Niederlassungsstrategien nationale Regelungen umgehen wollen. Gerade datenintensive, digitale Unternehmen sind hierfür anfälliger als ProduzentInnen herkömmlicher Güter. Ausschluss individualisierter Preispolitik

880

Mit der Digitalisierung haben sich völlig neue Möglichkeiten zur Preisdifferenzierung ergeben. Durch die Analyse von Surfverhalten und Nutzungsdaten versuchen Online-Shop-BetreiberInnen die individuelle Zahlungsbereitschaft eines jeden Kunden oder jeder Kundin möglichst genau kalkulieren zu können und bieten den potenziellen KundInnen dementsprechend individualisierte Preise an. Während diese Idee unter der Prämisse „Arme zahlen weniger, Reiche mehr“ zunächst nach einem sehr gerechten Modell klingt, stellt sich jedoch das Gegenteil heraus: Die Kriterien, nach denen die Einteilung erfolgt, sind häufig auch Wohnort oder vorheriges Konsumverhalten. Wir sind der Überzeugung, dass der Preis, der für ein Produkt gezahlt wird, nicht davon abhängen darf, in welchem Stadtviertel ein Mensch wohnt oder zu welcher Tageszeit er ein Produkt bestellt. Wir sprechen uns daher ausdrücklich gegen jegliche Form der Preisdiskriminierung aus und fordern, einen Ausschluss individualisierter Preispolitik gesetzlich zu verankern, insbesondere bei Onlineshops und Versicherungen. Ein Missbrauch von Tracking und wearables mit dem Ziel der individualisierten Preispolitik muss ausgeschlossen werden.

885

890

895

900

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Versicherungen keine personenbezogenen Daten, die durch individuelle Dokumentation des Alltages von Versicherten gewonnen werden, erfassen und nutzen dürfen. Dies beinhaltet insbesondere das Verbot von individuellen Versicherungstarifen die auf der Analyse von Daten beruhen. Dies soll dem Schutz der Privatsphäre dienen. Ausgenommen von dieser Regelung sind freiwillige Versicherungen. Starker VerbraucherInnenschutz

905

910

Datenschutzbelange der VerbraucherInnen haben infolge der stark wachsenden Nutzung digitaler Dienste einen besonderen Stellenwert erlangt. Mangelnde Befugnisse der Datenschutzbehörden bei der Sperrung, Löschung oder Vernichtung von Daten und die quantitativ wie qualitativ hinter dem Anstieg an Datenerhebungen und -verarbeitungen zurückfallende Fortentwicklung der Rechtsprechung machen deutlich, dass wir eine Novellierung der Klagebefugnis in Bezug auf Regelungen des VerbraucherInnendatenschutzes brauchen. Deshalb fordern wir die Erweiterung der Unterlassungsklage bei VerbraucherInnenrechts- und anderen Verstößen auf datenschutzrechtliche Normen, um VerbraucherInnenverbänden ein Instrument an die Hand zu geben, VerbraucherInnen vor der unzulässigen Datenerhebung, -verarbeitung und -nutzung ihrer personenbezogenen Daten durch Unternehmen zu schützen. Schutz von Unternehmen vor Cyberkriminalität

915

920

925

Beim Thema des Umgangs mit Daten ist es uns aber nicht nur ein Anliegen, die individuellen Daten besser zu schützen, auch Daten von Unternehmen sind ständigen Angriffen ausgesetzt. Allein in den beiden Jahren 2013 und 2014 entstand deutschen Unternehmen dabei ein

930 Schaden von über 54 Milliarden Euro durch Cyberangriffe, sei es aus
dem Bereich der Organisierten Kriminalität oder durch gezielte
Angriffe von ausländischen Geheimdiensten. Wenn wir aber eine
größere digitale Vernetzung in unseren Betrieben herstellen wollen,
etwa durch das Zukunftsprojekt Industrie 4.0, werden in Zukunft noch
mehr sensible Daten anfallen, die wir besser schützen müssen. Die
935 Schaffung eines Nationalen Cyber-Abwehrzentrum war dabei ein erster
wichtiger Schritt, dieses muss aber dringend zu einer eigenständigen
Behörde entwickelt werden und deutlich mehr Ressourcen erhalten.
Auch Meldepflichten bei Cyberangriffen müssen dringend ausgebaut
werden, wir fordern, dass jedes Unternehmen mit über 250
940 Mitarbeitern bei Cyberangriffen zur anonymen Meldung an das
Bundesamt für Information und Sicherheit verpflichtet wird.
Langfristig wollen wir die Herausforderungen aber gemeinsam mit
unseren europäischen Partnern angehen und die Kompetenzen in eine
Agentur der EU verlagern. Zur effizienten Aufklärung von Cyber-
945 Kriminalität müssen darüber hinaus Schwerpunktsstaatsanwaltschaften
eingerrichtet werden.

Digitale Bildung Ein erfolgreicher Übergang der Gesellschaft ins
digitale Zeitalter kann nur gelingen, wenn den Menschen durch
950 Bildung der Umgang mit digitalen Angeboten vermittelt wird. Dafür
bedarf es umfassender Investitionen in den Bildungs- und
Weiterbildungssektor. Unser Ziel ist es, dass junge Menschen lernen,
die digitale Welt der Zukunft mitzugestalten und nicht nur als
KonsumentInnen wahrzunehmen. Digitale Bildung muss fest in der
955 Schule verankert werden. Aus dem Grund fordern wir daher Informatik
als Pflichtfach an Schulen, um ein grundlegendes Verständnis für die
technischen Grundlagen der digitalen Welt zu schaffen.

Digitale Bildung fest verankern

960 Darüber hinaus müssen sämtliche Fächer digitalisiert werden. Inhaltlich
muss die digitale Schule der Zukunft das Thema Medienkompetenz
aufgreifen. Dabei geht es uns nicht nur darum, SchülerInnen im
sicheren und bewussten Umgang mit digitalen Medien zu schulen,
965 sondern auch die Grundlagen für das Verstehen digitaler
Kommunikation zu vermitteln: Deshalb ist eine Beschäftigung mit den
Basics der Rechnerarchitektur, Informatik und der
Netzwerktechnologie unerlässlich. Erst auf dieser Grundlage lassen
sich die Dynamiken, Chancen und Risiken der digitalisierten Welt
970 richtig begreifen.

Deswegen muss Medienkompetenz fest und umfassend als
Querschnittsaufgabe in den Bildungsplan verankert werden. Dennoch
erschöpft sich die Digitalisierung nicht beim Informatik- und
975 Medienkompetenzunterricht. Fachinhalte aller Fächer müssen auf das
digitale Zeitalter hin ausgerichtet werden. Das bedeutet, dass im
Kunstunterricht Bildbearbeitung, im Physikunterricht
Computersimulation und im Deutschunterricht die Analyse von
digitalen Medien auf dem Lehrplan stehen müssen. Die Bildungs- und
980 Lehrpläne müssen vor diesem Hintergrund ständig aktualisiert und

überarbeitet werden.

Ausstattung verbessern

985

Auch hinsichtlich der Arbeitsmedien und Lehrmethoden brauchen wir eine Digitalisierung. Wir fordern daher eine umfassende Aufrüstung der technischen Ausstattung von Schulen. Mobile Endgeräte sowie Tablets gehören für uns ebenso dazu wie leistungsfähige PCs, Software und 3D-Drucker. Der Einsatz von Soft- und Hardware darf jedoch nicht finanziell an die SchülerInnen gebunden^o sein bzw. von der finanziellen Situation dieser abhängig sein. Im Sinne der Gleichberechtigung müssen alle SchülerInnen Soft- und Hardware von der Schule bereitgestellt bekommen. Durch eigene Anschaffung dieser darf kein Vorteil entstehen. Da die Anschaffung der digitalen Ausstattung die kommunalen Schulträger finanziell überfordern würde, sind Kooperationen mit den Ländern und dem Bund zu schließen. Die jeweils zuständigen Ministerien auf Landes- und Bundesebene sollen Investitionsprogramme aufsetzen.

990

995

1000

1005

Smartboards und Beamer sind in vielen Schulen bereits jetzt Standard, den es auszubauen gilt. Um einen sachgerechten und sicheren Umgang mit digitalen Medien zu ermöglichen, braucht es eine professionelle IT-Infrastruktur und entsprechende Wartung. Wir fordern daher, dass Schulen schulübergreifend mit IT-Administratoren sowie funktionsfähigen und sicheren internen Netzwerken, die regelmäßig gewartet werden, ausgestattet werden.

1010

Für uns ist dabei auch klar, dass sich Schulen bei der Ausstattung mit aktueller Software und Hardware nicht von einem Anbieter oder einer Anbieterin abhängig machen dürfen. Soweit wie möglich und sinnvoll sollen Schulen daher auf open source Lösungen setzen und auf die Vernetzbarkeit der Produkte zu achten. AnbieterInnen von IT-Lösungen und Verlage sind wichtige PartnerInnen bei der Digitalisierung der Bildung und können Bildungsinnovationen entwickeln, die die öffentliche Hand nicht sinnvoll ersetzen kann. Dennoch haben geschlossene Systeme eines einzelnen Anbieters an Schulen keinen Platz. Vielmehr ist auf die Vielfalt der Angebote zu achten.

1015

1020

Weiterbildung und Forschung fördern

1025

Eine Schule, die mit digitalen Arbeitsgeräten ausgestattet ist, bringt noch keinen Lernerfolg, solange Lehrkräfte nicht dazu befähigt werden, diese auch zielgerichtet einzusetzen. Deshalb muss bereits bei der LehrerInnenbildung auf mehr Digitalisierung gesetzt werden. Um die Lehrkraft auf dem aktuellen Stand der Digitalisierung zu halten, müssen ebenso entsprechende Weiterbildungsangebote geschaffen werden. Für uns Jsteht nicht nur das schulische Lernen und die Erstausbildung im Fokus der Digitalisierung, wir sehen Bildung als eine lebenslanges Aufgabe an, die sowohl von ArbeitgeberInnenseite, aber auch von staatlicher Seite im Rahmen der Arbeitsversicherung unterstützt werden muss. Deshalb fordern wir auch im Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung eine digitale

1030

1035

Bildungsoffensive, um ArbeitnehmerInnen, Arbeitssuchenden aber auch RentnerInnen einen selbstbestimmten Zugang zur digitalen Welt zu ermöglichen.

- 1040 Wir fordern darüber hinaus umfassende Investitionen in Forschung zur digitalen Bildung, damit nützliche pädagogische Konzepte und deren Umsetzung von der Forschung beleuchtet werden können.

Antragsbereich BTW/ Antrag 10

Kennnummer 9150

Kreisverband Tübingen

Recht auf gute Arbeit

Recht auf gute Arbeit

Das Regierungsprogramm der SPD zur Bundestagswahl 2017 soll folgenden Passus enthalten:

Annahme in der Fassung der Antragskommission

- 5 **Für ein Recht auf gute Arbeit – rechtzeitig, umfassend und wirkungsvoll fördern.**

- 10 Die Arbeitslosigkeit in Deutschland ist so gering wie zuletzt vor 25 Jahren. Jedoch stellen wir – trotz einer insgesamt rückläufigen Arbeitslosigkeit – bei der Zahl der Langzeitarbeitslosen wenig Bewegung fest.

Zeilen 9 bis 52 wird Begründung.

- 15 Gleichzeitig stellen wir in den Unternehmen und Verwaltungen, fast durchgehend an allen Arbeitsplätzen eine zunehmende Arbeitsverdichtung fest. Die Anforderungen im Arbeitsleben haben zugenommen und verändern sich immer häufiger und schneller. War es früher in vielen Fällen so, dass weniger leistungsstarke Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trotzdem ihren Platz im Unternehmen gefunden haben, so haben wir heute die Tendenz, dass
- 20 Arbeitsverdichtung und Druck am Arbeitsplatz dazu führen, dass immer mehr Menschen krank werden und den Anforderungen des ersten Arbeitsmarktes nicht auf die Dauer Stand halten können. Zu viele werden dauerhaft aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

- 25 Damit wollen wir uns nicht abfinden. Wir wollen jeder und jedem Arbeitslosen wieder eine Beschäftigungsperspektive eröffnen. Während andere nach dem bedingungslosen Grundeinkommen rufen und alles andere dem Markt überlassen wollen, haben wir den Anspruch die

30 Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten zu gestalten und durch aktive
Arbeitsmarktpolitik neue Chancen zu eröffnen.

Wir lehnen ein bedingungsloses Grundeinkommen ab,

- 35
- weil es entweder zu niedrig ist, um davon gut leben zu können,
oder so hoch ist, dass keine belastbare Finanzierung
sichergestellt werden kann,
 - weil Wirtschaft ein Teil unserer Gesellschaft ist, weil Arbeit
zum Leben gehört und ein wichtiger Bestandteil von
40 gesellschaftlicher Teilhabe ist.
 - weil wir Positionen in der Gesellschaft nicht zementieren,
sondern in Durchlässigkeit und Aufstieg investieren wollen.

45 Unsere Antwort auf das bedingungslose Grundeinkommen heißt Recht
auf gute Arbeit.

Unser Ziel heißt Vollbeschäftigung.

50 Und dort wo wir dieses Ziel nicht über den ersten Arbeitsmarkt
erreichen können, brauchen wir einen sozialen Arbeitsmarkt, einen
öffentlich geförderten Beschäftigungssektor.

Wir wollen allen arbeitsfähigen Menschen eine Teilhabe am
Arbeitsleben garantieren. Wir wollen einen fördernde und präventiv
55 wirkende Sozialpolitik verbinden mit einem inklusiven Arbeitsmarkt,
persönlicher Sicherheit, Aufstiegschancen und Durchlässigkeit. Ab Zeile 53:
Annahme

60 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik verhindert,
dass Beschäftigte wegen gesundheitlicher Probleme oder fehlender
bzw. nicht mehr aktueller Qualifikation aus dem Arbeitsleben
herausfallen. Wir sehen die Sozialversicherungen als Partner, die die
Beschäftigten bei Umbrüchen in ihrem Arbeitsleben beraten und
unterstützen. Mit der Stärkung von Prävention und Rehabilitation als
zentrale Aufgabe Rentenversicherung haben wir diesen Weg in der
65 letzten Wahlperiode ebenso begonnen wie mit der Stärkung der
Weiterbildungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit. Diesen Weg
wollen wir in der kommenden Wahlperiode fortsetzen:

- 70
- durch einen einfacheren und besseren Zugang zu
Rehabilitationsmaßnahmen
 - durch die Umsetzung einer durchgehenden Förderkette von der
Prävention bis zur Nachsorge
 - durch die Weiterentwicklung der Bundesagentur für Arbeit zur
Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung und die
75 Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur
Arbeitsversicherung.

80 Vorausschauende sozialdemokratische Arbeitsmarktpolitik unterstützt
konkret, wenn Arbeitslosigkeit droht. Dabei gilt für uns: es ist immer
besser Arbeit zu finanzieren als Arbeitslosigkeit. Dies gilt auch, wenn
Beschäftigte nicht mehr gesund genug für eine Vollzeittätigkeit in
ihrem bisherigen Beruf, aber nicht unter die Erwerbsminderungsrente

85 fallen. In diesen Fällen bleibt häufig nur eine Teilzeitbeschäftigung, um
dem Betrieb die Arbeitsleistung und das Erfahrungswissen des
Beschäftigten zu erhalten. Mit einer neuen Leistung der Bundesagentur
für Arbeit – dem Arbeitsicherungsgeld – wollen wir zielgerichtet
unterstützen. Das Arbeitsicherungsgeld soll dabei das ausfallende
Arbeitsentgelt teilweise ersetzen und damit die Fortführung der
Beschäftigung in Teilzeitform ermöglichen und Arbeitslosigkeit
90 verhindern.

Und schließlich wollen wir dort neue Beschäftigungsperspektiven
eröffnen, wo Menschen ihre Arbeit verloren haben und teilweise schon
lange unter Arbeits- und Perspektivlosigkeit leiden. Rund zwei Drittel
95 der Arbeitslosen werden im Rechtssystem des SGB II betreut. Ca. eine
Million Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos.

Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik ist es, das individuelle
Förderversprechen des SGB II zu erfüllen. Jede und jeder SGB II-
100 Leistungsbeziehende muss die individuell sinnvolle Förderung
erhalten, die ihr bzw. ihm über eine Teilhabe am Arbeitsleben auch
(wieder) gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht.

Schon in den letzten vier Jahren haben wir viel geschafft. Wir haben
105 die finanzielle Situation der Jobcentern verbessert. Wir haben mit dem
ESF-Programm für Langzeitarbeitslose und dem Bundesprogramm
Soziale Teilhabe zwei spezielle Programme für diese Zielgruppe
eingeführt und durch die ABC Zentren den ganzheitlichen Förderansatz
gestärkt. Wir haben die Nachbetreuung im SGB II ermöglicht und auch
110 Weiterbildung und Qualifizierungen gestärkt.

Diese gute Arbeit der letzten vier Jahre wollen wir auch in der
kommenden Wahlperiode fortsetzen.

115 Eingliederungsvereinbarung – Rechte der Arbeitssuchenden stärken

Wir wollen, dass die Balance zwischen Fördern und Fordern verbessert
wird. Wir wollen das Instrument der Eingliederungsvereinbarung und
damit auch die Rechte der Arbeitslosen stärken. Mit der
120 Eingliederungsvereinbarung soll festgelegt werden, welche
Handlungen für die erwerbsfähigen Personen zumutbar sind und
welche Leistungen das Jobcenter im Hinblick auf eine Eingliederung in
Ausbildung und Arbeit erbringt.

125 Zielsteuerung – nachhaltige Arbeitsmarktintegration im Blick

Immer noch ist der Zielsteuerungsprozess zu sehr an den
arbeitsmarktpolitischen Kennzahlen ausgerichtet. Hier muss
umgesteuert werden. Wir brauchen eine stärkere Ausrichtung am Ziel
130 der sozialen Teilhabe. Nur so können wir den SGB II-
Leistungsbeziehern mit ihren oft komplexen Problemlagen gerecht
werden. Und nur so merken auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
in den Jobcentern, dass bei ihrer Arbeit nicht nur die Integration auf
den allgemeinen Arbeitsmarkt zählt, sondern auch die soziale
135 Stabilisierung der SGB II-Leistungsbezieher eine Kernaufgabe im SGB

II ist, die auch entsprechend wertgeschätzt wird.

Unterstützungsleistungen bündeln

140 Um SGB II-Leistungsbeziehenden mit ihren oftmals komplexen
individuellen Problemlagen erfolgreich zu betreuen und zu unterstützen
sind gute und professionelle Netzwerkstrukturen vor Ort unbedingt
145 notwendig. Jobcenter sollten daher vor Ort mit den Kommunen
Vereinbarungen über die Erbringung von sozialintegrativen Leistungen
abschließen. Zudem müssen sozialintegrativen Leistungen auch in den
Zielvereinbarungsprozessen miteinbezogen werden. Darüber hinaus
wird es bei der Betreuung oftmals notwendig werden, auf Leistungen
150 ausserhalb des SGB II zurückzugreifen, zum Beispiel bei der
Unterstützung von Alleinerziehenden sowie Jugendlichen und jungen
Erwachsenen. Die Jobcenter müssen die sich dadurch vor Ort
ergebenden Schnittstellen definieren und dann geeignete Konzepte zu
deren Organisation entwickeln.

Qualitätssicherung – Personal fördern, Prozesse verbessern

155 Eine zentrale Bedeutung hat die Weiterentwicklung der Beratungs- und
Betreuungsqualität im SGB II. Es muss ein Qualitätssicherungsprozess
erfolgen, der sowohl die Qualität des Personals als auch die
Prozessqualität umfasst.

160 Mit einer Qualifizierungsoffensive wollen wir die Kompetenz des
Personals mit passgenauen Schulungsangeboten weiter verbessern.
Dazu sollen zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt
werden.

165 Die derzeitige personelle und finanzielle Ausstattung der Jobcenter ist
noch nicht ausreichend. Daher muss zunächst eine ehrliche Berechnung
der Betreuungsschlüssel erfolgen. Das Verwaltungskostenbudget ist
dann an diese sich ergebenden Personalbedarfe anzupassen. Zudem ist
170 zu überprüfen, ob die bisherige Kopplung des kommunalen
Finanzierungsanteils an die Verwaltungskosten gerade mit Blick auf
die Handlungsspielräume der einzelnen Jobcenter noch sinnvoll ist.

Für einen verlässlichen sozialen Arbeitsmarkt

175 Gerade im SGB II müssen wir feststellen, dass es Langzeitarbeitslose
mit vielen schwerwiegenden Vermittlungshemmnissen gibt, die einen
Einstieg auf dem ersten Arbeitsmarkt noch nicht schaffen. Aber nicht
nur Langzeitarbeitslose, auch für Menschen mit gesundheitlichen
180 Beeinträchtigungen, mit Behinderungen, Flüchtlinge, die unsere
Sprache, unsere Lebens- und Arbeitsweise nicht oder noch nicht
kennen, Menschen, die aus dem ersten Arbeitsmarkt herausfallen, weil
sie dem Druck nicht mehr gewachsen sind.

185 Für diese Menschen brauchen wir eine besondere Unterstützung, den
sozialen/öffentlichen Arbeitsmarkt, d.h. geförderte
sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit einer –

bei Bedarf – auch langfristigen Perspektive.

190

Diese Beschäftigungsverhältnisse müssen dann sinnvoll durch Leistungen wie beispielsweise sozialpädagogische Betreuung, Qualifizierungen, sozialintegrative Leistungen sowie gesundheitsfördernde Maßnahmen flankiert werden.

195

Arbeit gibt es genug: im sozialen Miteinander, einfache Dienstleistungen, auch anspruchsvolle Arbeit.

200

Die Kommunen sind unser Partner. Wir wollen mit ihnen Felder gesellschaftlich notwendiger Arbeit definieren und dort den öffentlichen Arbeitsmarkt stärken.

205

Wir haben einen reichhaltigen Erfahrungsschatz und vielfältige Instrumente, die wir dabei nutzen können.

210

Wir wollen die Erfahrung von Ausbildungsbetrieben, Weiterbildungsträgern, Integrationsbetrieben, Werkstätten, etc. nutzen, sie stärken und ein durchlässiges System eines öffentlichen Arbeitsmarktes – auch in Richtung des Ersten Arbeitsmarktes schaffen.

Mittel aktivieren – Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanzieren

Wir wollen lieber Arbeit statt Arbeitslosigkeit bezahlen.

215

Um zusätzliche Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik zu mobilisieren, wollen wir den Jobcentern in Zukunft auch den Einsatz von Mitteln für Passivleistungen mittels Passiv-Aktiv-Transfers ermöglichen. Dies kann dann zum einen zur Finanzierung von Beschäftigung dienen, zum anderen sollen mittels Budgetmodell aber auch andere Aktivleistungen finanziert werden können.

220

225

Darüber hinaus wollen wir prüfen, welche Mittel der Arbeitsförderung, der Finanzierung von Arbeitslosigkeit, der Förderung und Qualifizierung sowie welche sonstigen sozialen Leistungen (Eingliederungshilfe, etc.) zur Finanzierung eines öffentlichen Beschäftigungssektors herangezogen werden können.

230

Wir wollen Teilhabe über gute Arbeit statt „pay and forget“. Jeder Mensch hat einen Platz in Wirtschaft und Gesellschaft, an dem er oder sie gebraucht wird. Wir machen uns auf den Weg diesen Platz zu finden.

Kostenfreie Bildung auch im Beruf

Kostenfreie Bildung auch im Beruf

5 Die SPD steht wie kaum eine andere Partei für eine kostenfreie Bildung von Kindesalter bis hin zum Studium. Ein wichtiger Aspekt wird in der politischen und öffentlichen Diskussion allerdings nur bedingt wahrgenommen. Denn noch immer müssen in vielen Berufen die Auszubildenden selbst für die Kosten der Ausbildung aufkommen. Dies ist für uns ein unbefriedigender Zustand, der schon lange nicht mehr in die heutige Zeit passt. Gerade in diesen Berufen herrscht immer mehr ein Mangel an Auszubildenden (Beispiel Erzieher*innen und Pfleger*innen), die diesen Weg auf sich nehmen wollen.

Überweisung an die Bundestagsfraktion.

10 Um dies zu ändern, fordern wir eine umfassende Novellierung des Berufsbildungsgesetzes (BBiG). Ziel muss es sein, die Lernmittel- und Schulgeldfreiheit kostenfrei zur Verfügung zu stellen. Alle im Zusammenhang mit der Ausbildung entstehenden Kosten (Ausbildungsmittel, Dienstkleidung, Literatur, Unterricht, etc.) müssen von den Ausbildungsträger*innen getragen werden. Um grundlegend flächendeckende Rechtsverhältnisse zu schaffen, fordern wir zudem eine Ausweitung des Berufsbildungsgesetzes. Derzeit wird die Ausbildung noch in zu vielen Bereichen gesetzlich aufgeteilt.

Begründung:

25 2005 fand die letzte Novellierung des BBiG statt. Obwohl eine Änderung im Koalitionsvertrag 2013 vereinbart wurde, ließ sich dies aufgrund der politischen Lage noch nicht umsetzen. Wir werden daher diese Thematik weiter auf die politische Agenda setzen.

Menschen Schutz gewähren

Menschen Schutz gewähren

Wir fordern:

Erledigt durch
Beschlusslage.

- Asylbewerber müssen ein schnelles, konzentriertes und faires Verfahren bekommen
- 5 • durch verpflichtende Integrationskurse für Asylbewerber mit Bleibeperspektive werden die Prinzipien des Rechtsstaats und des Grundgesetzes praxisnah vermittelt
- mehr Finanzmittel für Landkreise, Städte und Gemeinden, um professionelle Flüchtlingsarbeit zu stärken
- 10 • der Staat muss verbindlich regeln, dass die Religionsfreiheit bei Schülern und Schülerinnen gegenüber dem grundgesetzlichen staatlichen Auftrag zur Schulbildung zurücktreten muss (z.B. Teilnahme am Schwimmunterricht)
- Die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege nach Europa
- 15 • Eine Erhöhung der Hilfen für Welternährungsprogramm und dem UN-Flüchtlingshilfswerk (UNHCR)

- verstärkte Förderung von Sprachkursen
- Stärkung der Jobcenter und dadurch Vermittlung von Ausbildungen gemäß Qualifizierung für Flüchtlinge wie Einheimische
- 20

- klare Regeln schaffen für Menschen, die einwandern wollen
- Einwanderungsgesetze für legale Zuwanderung schaffen, um einer Verschärfung des Fachkräftemangels vorzubeugen
- 25

Begründung:

Wir gewähren Menschen Schutz vor Krieg und Verfolgung. Gesellschaftliche Teilhabe, Rechtsstaatlichkeit und das Grundgesetz sind dabei unsere Säulen guter Integrationspolitik. Diese Prinzipien müssen wir als Mitbürgerinnen und Mitbürger, Verwaltung und Politik vorleben und gleichzeitig von den Flüchtlingen einfordern.

30

Kostenübernahme Verhütungsmittel

Kostenübernahme Verhütungsmittel

Krankenkassen sollen die Kosten für Verhütungsmittel übernehmen

Annahme

5 Wir fordern, dass Krankenkassen die Kosten für Verhütungsmittel auch nach einem Alter von 21 Jahren übernehmen. Die finanzielle Lage kann auch unabhängig vom Alter der Menschen prekär sein, weshalb die hohen Kosten für Verhütungsmittel eine unnötige Belastung darstellen.

10 Zudem sollen Frauenärzt*innen umfassender über die hohen Risiken des Verhütens mit hormonellen Verhütungsmitteln und über Alternativen aufklären. Um die Verantwortung nicht nur bei den Frauen zu belassen und um auch Frauen, die auf hormonelle Verhütung verzichten wollen oder müssen die Möglichkeit zur Verhütung einzuräumen und besonders um alle Menschen vor sexuell übertragbaren Krankheiten zu schützen, sollen Kondome in Apotheken kostenfrei ausgegeben werden.

15 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, auf die Erarbeitung eines Finanzierungskonzeptes im Bundesministerium für Gesundheit hinzuwirken.

20

Ausbau Infrastruktur - Breitband, alternative Energie, ÖPNV

Ausbau Infrastruktur - Breitband, alternative Energie, ÖPNV

Wir fordern:

Überweisung an die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion.

- 5
- den massiven Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere auch im ländlichen Raum
 - die Verlagerung des Güterverkehrs schwerpunktmäßig auf die Schiene und auf Wasserstraßen(Kapazitäten Frankfurt-Basel erhöhen)

- die Erneuerung von Straßen und Brücken
- den Breitbandkabelnetzausbau, vor allem im ländlichen Raum
- einen beschleunigten Ausbau der Stromtrassen
- den Ausbau alternativer Energieversorgung mit Wind und Sonne

Barrierefreie Zugänge zu Bahnhöfen und allen öffentlichen Einrichtungen schaffen

Begründung:

Für ein wirtschaftlich starkes, wettbewerbsfähiges Land braucht es eine starke, zukunftsfähige Infrastruktur. Das betrifft nicht nur Straßen, Schienen und unsere digitalen Autobahnen, sondern auch eine gute Energieversorgung ohne Atomstrom. Aber gerade im Bereich Schiene und Digitales wird es peinlich: Mit 54€ pro Kopf gibt der Bund viel weniger für die Schieneninfrastruktur aus, als unsere europäischen Nachbarn (z.B. Österreich 199€/Kopf; siehe Allianz pro Schiene 2016). Im Bereich des schnellen Internets schneidet Deutschland ebenfalls schlecht ab.

Antragsbereich BTW/ Antrag 15

Kennnummer 9146

Kreisverband Lörrach

Fair produzierende und regionale Landwirtschaft

Fair produzierende und regionale Landwirtschaft

Als Alternative möchten wir die fair produzierende und regional ausgerichtete Landwirtschaft stärken:

- die Erzeugung landwirtschaftlicher Güter soll sich eher am inländischen und europäischen Bedarf ausrichten, weniger am Weltmarkt
- statt staatlicher Vorgaben zur Regulierung von Milchmengen spricht sich die SPD für ökologische Förderstrukturen aus. So soll beispielsweise die Fütterung mit heimisch erzeugtem Tierfutter gefördert werden
- kleine und mittlere bäuerliche Betriebe stärken, insbesondere die Höhenlandwirtschaft mit Ihrer Funktion der Landschaftspflege
- wichtig ist die Wertschätzung aller nachhaltig erzeugten landwirtschaftlichen Produkte zu stärken

Die bürokratischen Vorgaben für regional ausgerichtete Landwirtschaft

Überweisung an die Programmkommission zur Erstellung des Regierungsprogramms.

reduzieren

20 **Begründung:**

Die verantwortungsvolle Ausgestaltung der Arbeitswelt gilt auch für den Bereich unserer Ernährung und damit die Landwirtschaft. Verantwortungsvoll meint dabei gegenüber der Natur und Umwelt, aber auch in Hinblick auf faire Arbeitsstandards und Ausbildungsbedingungen. Diese Standards werden in der industriellen Landwirtschaft, gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, oft nicht gewährt. Lange Transportwege mit Flugzeugen und Schiff belasten zusätzlich die Umwelt.

Antragsbereich So/ Antrag 1

*Kennnummer 9141
Kreisverband Lörrach*

Bildung wichtigste Ressource

**Bildung
wichtigste
Ressource**

Wir fordern:

Nichtbefassung, da fehlender Bezug zur Bundestagswahl.

- die Stufenweise Abschaffung von Kindergartengebühren, Ausbildungskosten und Studiengebühren
- die Förderung der Gemeinschaftsschule und gebundenen Ganztageschule mit dem Prinzip „länger gemeinsam lernen“ sowie „später die Berufsentscheidung fällen“
- Inklusion ja, aber nur mit Unterstützung für die Lehrenden (Zweilehrerprinzip)
- Erhalt und Ausbau der Durchlässigkeit des Bildungssystems
- Es darf beim Schuleintritt keinen Unterschied machen, welche Herkunft oder welches Elternhaus man hat:

- Verpflichtendes letztes Kindergartenjahr
- aktive Sprachförderung

- Berufsberatung verbunden mit Orientierungshilfen an weiterführenden Schulen
- Aktive Förderung der Erwachsenenbildung, u.a. Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs nach der Erziehungszeit
- Betreuung von StudienabbrecherInnen
- Ausbau des Dualen Studiums als sozial-gerechte Ausbildung

25 **Begründung:**

Begründung:

30 Die wichtigste Ressource unseres Landes sind gut ausgebildete Menschen.
Die schulische, berufliche und universitäre Bildung senkt nicht nur das
Risiko, arbeitslos zu werden. Bildung gibt Menschen Chancen, Sinn und
das Instrument, ihre Zukunft selbst zu gestalten und sich selbst zu helfen.

35 Gerade die frühkindliche Bildung hat enorme Auswirkung auf die Zukunft
der Kinder in Deutschland. Neben den klassischen Kenntnissen lernen die
Kinder Verantwortungsbewusstsein und das soziale Miteinander in der
Schule

40 Die Arbeitswelt unterliegt einem stetigen Wandel. Eine Ausbildung zu
machen um anschließend ein Leben lang im gleichen Betrieb und in der
gleichen Funktion zu bleiben gehört heute eher zu Ausnahme als zur
Regel.

45 Zur künftigen Arbeitsplatzsicherheit gehört eine gute und kontinuierliche
berufliche Qualifikation (Erwachsenenbildung).

Daher wollen wir:

- gute Anpassungs- und Aufstiegsfortbildungen
- die Möglichkeit ausbauen, Schul- und Berufsabschlüsse
50 nachzuholen oder zu verbessern
- den Wiedereinstieg in den Beruf nach Erziehungszeiten
- die Beibehaltung und Stärkung des Bildungszeitgesetzes

Geschäftsordnung der Antragskommission des SPD-Landesverbandes Baden-Württemberg

§ 1

- (1) Die Antragskommission besteht aus 30 vom Landesparteitag gewählten Mitgliedern. Sie wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden oder eine Vorsitzende.
- (2) Die Antragskommission kann Unterkommissionen bilden.
- (3) Die Antragskommission bestimmt aus ihrer Mitte die Berichterstatter.

§ 2

- (1) Die Mitglieder der Antragskommission erhalten die Anträge unmittelbar nach Ablauf der Antragsfrist von der Geschäftsstelle.
- (2) Die Antragskommission soll einen Vorschlag für den zweckmäßigen Verhandlungsablauf machen, über den der Parteitag als Geschäftsordnungsantrag entscheidet.
- (3) Liegen zu einem Sachgebiet mehrere Anträge vor, schlägt die Antragskommission einen Antrag als Grundlage der Beratung vor.

Für die Behandlung von Anträgen kann sie empfehlen:

- zur Beschlussfassung nicht geeignet
- Nichtbefassung
- erledigt durch ...
- Annahme
- Annahme in folgender Fassung: ...
- Ablehnung
- Überweisung als Material an ...

- (4) Empfehlungen der Antragskommission sollen keine inhaltlichen Änderungen der Anträge enthalten.
- (5) Auf Verlangen hat die Antragskommission das Abstimmungsergebnis bekannt zu geben und die Meinung der Minderheit vorzutragen.
- (6) Der Berichterstatter oder die Berichterstatterin der Antragskommission begründet die Empfehlungen der Antragskommission. Zur Sache selbst soll er oder sie nur Stellung nehmen, soweit dies zur Begründung der Empfehlung notwendig ist
- (7) Die Antragskommission kann Empfehlungen für die zeitliche Weiterbehandlung von Anträgen machen.

§ 3

- (1) Die erste Sitzung nach der Wahl der Antragskommission wird vom oder von der Landesvorsitzenden einberufen.
- (2) Die Einberufung zu weiteren Sitzungen erfolgt durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende der Antragskommission. Auf Antrag eines Drittels der Mitglieder der Kommission hat er oder sie die Antragskommission in angemessener Frist einzuberufen.

§ 4

- (1) An den Beratungen der Antragskommission nimmt je ein Vertreter oder eine Vertreterin des Landesvorstands, der Landtagsfraktion und der baden-württembergischen SPD-Bundestagsabgeordneten und der SPD-Europaabgeordneten teil.
- (2) Die Sitzungen der Antragskommission sind delegiertenöffentlich.
- (3) Die Antragskommission kann Sachverständige zur Beratung zuziehen.

§ 5

- (1) Diese Geschäftsordnung wurde am 15./16. September 1995 in Pforzheim beschlossen.
- (2) Änderungen dieser Geschäftsordnung erfolgen auf Beschluss des Parteitages.

Mitglieder der Antragskommission

Bender, Julien	Majer, Thorsten	Sagasser-Beil, Tanja
Binding, Lothar	Marvi, Judith	Schiele, Andrea
Boos, Luisa	Müller, Monika	Seitzl, Lina
Gilitschenski, Igor	Munzinger, Hannes	Soeder, Christian
Dr. Harsch, Daniela	Pawlowski, Sarah	Spörkel, Ralf
Kliche-Behnke, Dorothea	Pfaff, Raphael	Vesper, Fabienne
Könnecke, Birte	Repasi, René	Wahl, Florian
Köpfle, Benjamin	Rolland, Gabi	Weber, Jonas
Lange, Christian	Dr. Rosemann, Martin	Weigle, Sebastian
Leber-Hoischen, Sabine	Roth, Jeannette	

Dr. Martin Rosemann MdB	Vorsitzender
Luisa Boos	Stellvertreterin
René Repasi	Stellvertreter

Impressum

Herausgeber

SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
www.spd-bw.de

Texterfassung- und Gestaltung:

Joachim Thomas

Druck

Eigendruck